

Dr. H. H. H. H.
 artem. wachst. 1. Mai
 und 10. durch die
 Expedition des Reichsanzeigers 1/4
 und wird fortgesetzt in bezuglichen
 Geschäftsverhältnissen mit 2. 2. 2. 2.
 der Haupt- 20. 21.
 Durch die Post bezogen mit 2. 2. 2. 2.
 mit der Post mit 2. 2. 2. 2.
 mit der Post mit 2. 2. 2. 2.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstützungsgeld
 beträgt für die einjährige
 Subskription über Herrn Namen
 25 Pfennige.
 für Arbeitslosen, Arbeitslose und
 Verarmte 15 Pfennige.
 Subskription unter 25 Pf.
 Subskription für die nächste Nummer
 müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
 Expedition abgegeben werden.

Telephon
 Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
 Expedition 1206.

Nr. 276.

Freitag, den 26. November 1909.

20. Jahrgang.

Die Juliusstürmer und die Presse.

Die Ausnahme, die unsere Mitteilungen über den Wahlkampf der Scharfmacher in der bürgerlichen Presse gefunden hat, ist für den Zustand des öffentlichen Lebens in Deutschland überaus bezeichnend. Nur ein winziger Bruchteil der bürgerlichen Presse — zu diesem gehörten allerdings die größten Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ — hat den Sachverhalt seinen Lesern mitgeteilt und einige kritische Bemerkungen daran geknüpft. Die ungeheure Mehrzahl der Redaktionen aber hüllte sich in ein so verdächtiges Schweigen, daß ihre Zurückhaltung geradezu als eine Enthüllung wirkt. Wie tief sich die Korruption, die sich jetzt bei den Scharfmachern herumschleiert, schon in die Presse eingeschlichen hat, kann man an solchen Zeichen mit erschreckender Deutlichkeit erkennen.

Welche Bedeutung jedoch dieser vom Großteil der bürgerlichen Presse sorgfältig totgeschwiegenen Angelegenheit zukommt, kann man jetzt aus den beiden radikalen bürgerlichen Berliner Montagsblättern erkennen, die sich beide in inhaltlosen Leitartikeln mit ihr beschäftigen. So schreibt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag“:

„Die Agrarier sind gewiß gemeinlich. Aber die archibürokratischen Scharfmacher sind noch gefährlicher. Der Bund der Landwirte kämpft wenigstens mit offenem Messer. Er proklamiert die ihm unterliegenden Standbalden offen als seine Kreaturen. Wenn drei Kreuze auf einem Etikett stehen, so weiß ich, die Flasche enthält Gift. Der Zentralverband verpackt dasselbe Gift. Aber er vermeidet die Giftmarke.“

Gegen diese heimtückische Giftmischerie gibt es nur einen Schutz: die Wahl von radikalen Männern. In sie traut sich kein Scharfmacher heran. Er müßte ja befürchten, daß sein schmutziger Versuch schon am nächsten Tage in der Presse für alle „Schwänkende Gestalten“ sind dagegen von vornherein verächtlich.

Ist das Volk noch und demokratisch entschlossen, so ruft es den Juliusstürmern mit spöttischer Ueberlegenheit zu: „Meine Herren, wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen um die Befreiung des demokratischen Gebankens. Wenn dem deutschen Volke so deutlich gezeigt wird, daß Reaktion und Korruption identisch sind, dann weiß es, wofür es sich zu stellen hat.“

Ganz in demselben Sinne schreibt Karl Schneid in der „Zeit am Montag“:

„Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat sich durch seine unaufrichtige Kampfesweise um alles moralische Ansehen gebracht — dem neuen Bunde der Scharfmacher wird es sicher nicht besser ergehen. Er hat in seiner geheimen Beratung die Karten offen auf den Tisch gelegt und ist, nachdem ein glücklicher Zufall den verhängnisvollen Fehler von dieser Zusammenkunft weggezogen hat, nur noch halb so gefährlich, als er unter Umständen hätte sein können.“

Bei künftigen Wahlen wird ein großer Teil der die Sozialdemokratie bekämpfenden bürgerlichen Kandidaten von vornherein die Vermutung gegen sich haben, von Scharfmachern besessen und gekauft zu sein. Das aber wird der Sozialdemokratie, deren Bewerber dann einzig allein über den schlimmen Verdacht erhaben sind, unberechenbare Vorteile sichern. Alle Anständigen, die sich gegen Betrug und Ueberumpelung sichern wollen, werden ihr ihre Stimme geben.“

Wie kommt es, so muß man sich da fragen, daß zwei politische Wochenblätter, die das Glück und den Mut der Unabhängigkeit besitzen, den Verhandlungen im Hotel Adlon eine so außerordentliche Bedeutung zusprechen, während die meisten bürgerlichen Zeitungen auch nicht mit einer Zeile darüber berichtet haben? Ist es zum Beispiel für die National Liberalen nicht interessant, zu wissen, daß Herr Synbilus Kocke-Hannover die nationalliberalen Parteiführer durch Androhung der Subsidienperre „gefügiger zu machen“ gedenkt? Sind die Subsidien, die man der Richtung Kalleström im Zentrum gebracht hat, politisch so bedeutungslos, daß kritische Arbeiter und sonstige Leser der schwarzen Presse nichts davon zu erfahren brauchen? Haben die Konservativen kein Interesse an der reizvollen Kennzeichnung ihrer Sozialpolitik auf dem platten Lande? Und schon gar die Herren Freisinnigen! Mit der größten Deutlichkeit haben die Juliusstürmer ausgesprochen, daß sie auch in der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft Agenten jenes Bekämpfung des „Sozialmoralismus“ unterhalten wollen! Wäre es da nicht höchste Pflicht der freisinnigen Presse gewesen, ein Warnungssignal zu geben? Dann der biedere Sanjabund. Er überschwemmt die ganze bürgerliche Presse mit seinen Kalamitäten, jeder Quark, der mit ihm in irgendwelchem Zusammenhang steht, wird in unerträglicher Weise breit getreten. Jetzt auf einmal, wo wirklich sehr Bemerkenswertes über das Verhältnis dieser kapitalistischen Kattengängergesellschaft zur schlimmsten Scharfmachertique zu berichten wäre, herrscht überall das tiefste Schweigen.

Rechtfertigen läßt sich das skandalöse Treiben der Hotelverschöner nicht! Angreifen darf man es aber erst recht nicht! Da kann man schon lieber einem Minister ein paar Unannehmlichkeiten sagen, als daß man sich mit dem mächtigen, goldschweren Zentralverband anzulegen wagt! Und dann, wenn man sich dennoch entschließt zu urteilen und zu beurteilen, weiß man denn, ob man damit nicht seinen eigenen nächsten Parteifreunden das Todesurteil spröche?

Darum schweigt man lieber! Ob man konservativ oder ultramontan, nationalliberal oder freisinnig, offiziös oder sogenannt parteilos ist, man schweigt. Und so ist die Einigkeit der bürgerlichen Parteien, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, wieder einmal vollständig hergestellt.

In solchen Fällen gibt es nur eine Hilfe: Jeder Leser der sozialdemokratischen Presse muß seinen Bekannten, die noch Abonnementen bürgerlicher Blätter sind, am lebendigen Beispiel zeigen, wie sie belogen werden. Die Dummheit, einen kapitalistisch korruptierten Abgeordneten zu wählen, begeht man doch höchstens einmal in fünf Jahren. Die Dummheit, kapitalistisch korruptierte Totschweigeblätter zu halten, wird aber noch von Millionen dreihundert Mal im Jahre begangen, und darum ist diese Dummheit noch viel schlimmer und gefährlicher. Durchschnittlich hat jeder einen Bekannten, den er über das schändliche Unwesen der Totschweigepresse aufklären kann, und so kann jeder seinen Stein dazu beitragen, um den Sumpf der kapitalistischen Korruption trocken zu legen.

Gegen lästige Enthüllungen, deren Wahrheit man nicht abstreiten kann, gibt es für unsere Gegner zwei sehr beliebte Hilfsmittel. Entweder man erklärt, die Enthüllung beruht auf ganz gemeinem und niederträchtigem Vertrauensbruch und Diebstahl; dann sucht man durch den Lärm des Entrüstungsgeschreies, das man erregt, die Aufmerksamkeit von dem Gegenstande selbst abzulenken. Oder aber man verfährt mit lächelndem Munde, das Enthüllte sei gar kein Geheimnis gewesen und man habe auch gar keinen Grund, es zu verbergen; dann sucht man Urteilslose über die Bedeutung des Gegenstandes zu täuschen. — Der Zentralverband der Scharfmacher, der diesmal besonders schlau sein wollte, hat beide Methoden kombiniert. Nachdem seine gehorsame Presse acht Tage lang teils über „Vertrauensbruch“ gezeckelt, teils sich in ein angestrengtes Schweigen vertieft hatte, teilt er jetzt in der „Post“ mit, daß das Protokoll jener berückeligen Sitzung an eine Reihe von Redaktionen versandt wurde (unter denen sich selbstverständlich keine sozialdemokratische befindet), und daß es sogar für jedermann käuflich zu haben sei. Durch Abdruck der Verhandlungen habe die sozialdemokratische Presse ihm, dem Zentralverband, sogar „unfreiwillig einen guten Dienst geleistet“. Das wagt der Zentralverband zu sagen, nachdem ihm infolge unserer Veröffentlichungen der anständige Teil selbst der bürgerlichen Presse von sich abgeschüttelt hat, wie ein ekelhaftes Tier. Es gibt ja Leute, die, wenn man sie geprügelt hat, sagen, es sei ihnen ein Vergnügen gewesen. So kann auch der Zentralverband ähnliche Aeußerungen, wie wir sie ihm durch die Veröffentlichung seines Protokolls bereiten, noch öfter genießen.

Vermutlich macht es ihm auch ganz besonderes Vergnügen, wenn wir darauf aufmerksam machen, daß den Abgeordneten Wasserfmann und Stresemann mit der Entziehung der Wahlsubsidien gedroht wurde, wenn sie nicht bei den sozialpolitischen Abstimmungen des Reichstages im Sinne des Zentralverbandes Neue und Besserung bewiesen. Wir erwarten vom Zentralverband die Anerkennung, daß wir ihm auch mit dieser kleinen Erinnerung „einen guten Dienst“ geleistet haben — natürlich „unfreiwillig“. Aus moralischen Rücksichten machen sich die Herren, wie es scheint, überhaupt nichts, sondern sie denken: Wir haben Geld, und das genügt!

Politische Uebersicht.

Die Rebellion im Lager der Mittelständler.
 Die Reichsfinanzreform hat nicht nur im Lager der bürgerlichen Parteien, sondern auch in den wirtschaftlichen Interessentengruppen innere Konflikte zur Folge gehabt, und die Nachwirkungen dieser Bewegung sind noch lange nicht abgeschlossen. Bisher im Gefolge der dunkelsten Reaktionen und selbstsüchtigsten Zünfterei, ist auch der Mittelständler langsam ein Licht darüber ausgegangen, wie sie sich dadurch ins eigene Gesicht schlagen. Sie sagten zum erheblichen Teile den Konservativen die Gefolgschaft auf und um die Erbschaft der heimtückischen gewordenen behauptet sich mit einigem Eifer der sonst noch ziemlich latenten Sanjabund. Es ist nicht ohne Interesse, die Verhandlungen zu lesen, welche die Delegierten der Mittelständlervereinigung am Montag in Leipzig um diesen Gegenstand führten. Da ist zum Beispiel der Referent Herr Götze, der die Unvereinbarkeit der Interessen des Großkapitals mit denen des Mittelstandes sehr energisch betonte. „Der Sanjabund verspricht allen alles, er will dem Großkapital und dem Mittelstand zugleich dienen“, rief Herr Götze aus, „und das ist ein unmögliches“

Beginnen.“ Wie vernünftig diese Herren sein können, wenn ihre eigenen Angelegenheiten in Frage kommen. Obwohl beide Teile Arbeitgeber, lehnen sie doch jede Interessengemeinschaft ab — und wollen kann den Arbeiter einreden, daß sie die gleichen Interessen als das Unternehmertum haben! Dieselben Mittelstandsherren, welche die Industriekritiker, Börsenmagnaten und Warenhausbesitzer als wirtschaftliche Antipoden bekämpfen, gründen katholische und vaterländische Arbeitervereine, die mit den Grubenmagnaten vom Schläge des Fürstlichen Pöbel mit den Textilfabrikanten an einem Strick ziehen sollen! Es gibt gar kein geeigneteres Mittel, die Arbeiter mit der Nase auf diese Mogeleyen hinzustößen, als das Verhalten der Mittelständler.

Nicht minder interessant ist ein Bekenntnis des Obermeisters Kahardt, bei dem die oben gekennzeichnete Anwendung vom Konservatismus am gründlichsten vor sich gegangen ist. Er gesteht jetzt endlich ein: „Der Mittelstand ist ohne große Mittel. Ich habe die Ueberzeugung, daß er sich aus eigener Kraft nicht aufheben kann.“ Das haben zwar die Sozialdemokraten den Mittelständlern schon lange vorher gesagt, als Herr Kahardt noch genau entgegengesetzter Meinung war, aber damals wurden sie dafür als die schrecklichsten Feinde des Mittelstandes verschrien. Jetzt kommen sie selbst dahinter, wie wahr die Behauptung der Sozialdemokratie ist.

Hoffentlich hat die politische Entwicklung der Kleinbürger damit sein Ende noch nicht erreicht. Zu den Agrariern gehören sie nicht, denn die wollen aus ihren Taschen leben und ihnen obendrein die politischen Rechte verkürzen; zu den Industriekritikern gehören sie ebenfalls nicht, denn die ruinieren sie — das liegt im Gange der Dinge — zu Tode. Soweit das Handwerkertum sich von der Arbeit der eigenen Hände nährt, gehört es an die Seite der übrigen Arbeiter. Sie kämpfen gegen die ungerechte Steuerbelastung, sie wehren sich gegen politische Entrechtung — und das sind die einzigen Punkte, wo das Interesse des Kleinbürgertums in der kapitalistischen Gesellschaft noch wirksam vertreten werden kann. Mit der Zünfterei wird heutzutage keinem Meister mehr geholfen.

Ärtliche Enthüllungen über die Führer der deutschen Mittelstandsabewegung bringt übrigens die heutige Ausgabe der „Schlesischen Morgenzeitung“. Danach hat vor der öffentlichen Versammlung der Mittelständler eine geheime getagt, an der teilgenommen haben: zehn Herren, welche dem Verwaltungsrat der Deutschen Mittelstandsvereinigung angehören, bzw. bis vor kurzer Zeit demselben angehört haben, und durch die Vorgänge der letzten Zeit veranlaßt, aus demselben ausgeschieden sind; Vertreter von vier Landesverbänden und die Vorsitzenden von zehn Ortsgruppen.

Es wurde in dieser Vormittagsitzung beschlossen: Dem Landesabgeordneten Kahardt und den Berliner Herren des geschäftsführenden Vorstandes ein Mißtrauensvotum zu erteilen, und sie aufzufordern, von der Leitung der Deutschen Mittelstandsvereinigung zurückzutreten, da der deutsche Mittelstand kein Vertrauen mehr zu den Männern haben könne, welche die größte Verwirrung in die Mittelstandskreise hineingetragen haben durch ihr Verhalten zu Gunsten des Sanjabundes und der agitatorischen Tätigkeit des Abgeordneten Kahardt für diesen Bund.

Des Weiteren wurde beschlossen, gleichzeitig mitzuteilen, daß die Teilnehmer der Vormittagsitzung unter keinen Umständen an der Generalversammlung in Berlin am 28. November er. anwesend sein werden, da sie aus den Verhandlungen in Berlin nichts Spreizbares für den Mittelstand erhoffen und, um bloßes Gezänk anzuhören, nicht erst Zeit und Geld opfern wollen.

Dann stellte der brave Herr Conradt seinem bisherigen Kollegen und Mitkämpfer eine saubere Falle. Herrn Abgeordneten Kahardt wurde der Vorwurf gemacht, daß er von freisinniger Seite Geld empfangen habe, und die bekannte Oster-Versammlung der Deutschen Mittelstandsvereinigung in Berlin zu infizieren. Ebenso wurde Herrn Kahardt der Vorwurf gemacht, daß er lediglich deshalb für den Sanjabund einträte, weil dieser sich bereit erklärt habe, unbeschränkte Mittel zur Verfügung zu stellen.

Herr Kahardt behauptete zunächst, daß dies den Tatsachen nicht entspreche und bezeichnete die darauf hinweisenden Äußerungen als lächerlich. Herr Conradt-Breslau wies den Ausdruck „lächerlich“ zurück und verlangte die Zurücknahme dieses Ausdrucks, da derselbe für ihn beleidigend sei. Man merkt die „Wache“. Jetzt rief der „Freund“ heraus und verlas einige Stellen aus einem Briefe Kahardt's vom 29. April 1909, wo Herr also nach der stattgefundenen Oster-Versammlung geschrieben hat. Diese lauten:

„Die Mittel zu der Versammlung haben unsere dummen Gegner aufgebracht, weil sie der Meinung waren, wir würden mit klugen Reden zu ihnen hindurchgehen. So habe ich z. B. von dem freisinnigen Geschäftsführer Werner 500 Mark Beitrag erhalten. Die gegenwärtige Verschlingung mit den Konservativen und dem Bunde ist mir unübersehbar“

und bald erung wirst Du erfahren, daß alles wieder in Winter ist, denn wir brauchen uns ja gegenseitig."

Wir überlassen es der Allgemeinheit, über dieses Verhalten des Führers der Deutschen Mittelstands-Vereinigung ein abschließendes Urteil zu bilden, fügen die Sieger in dieser "Kabale" freudig hinzu. Wir überlassen es der Allgemeinheit, sich über beide ein Urteil zu bilden — und dann auch über die Geldgeber.

Der badische Landtag ist am Dienstag mit der üblichen Thronrede eröffnet worden. Dem Inhalte ist zu entnehmen:

Die Schwierigkeiten des Erwerbslebens sind nicht ohne unabhingige Rücksicht auf den Staatshaushalt geblieben, so daß der Staatsschatz mit einem erheblichen Defizit abschließt. De in früheren Jahren erzielten Ueberschüsse sind angelegt, so daß Steuererhöhungen nicht zu umgehen sind. Neben einer Erhöhung der Einkommen wird eine Novelle zur Einkommen- und Vermögenssteuer als nötig erachtet. Das finanzielle Ergebnis der Staatseinkünfte ist nicht befriedigend; es muß dafür gesorgt werden, daß die Staatsrenten seiner Art nicht aus allgemeinen Staatsmitteln bedürfen. In ein gen Ueberschuss wird dem Landtage auch ein Wassergesetz und ein Feuersteuergesetz vorgelegt. In den wichtigsten Aufgabebereichen des Landes, der Verwaltung der Gemeinden, und Städteordnung und des Volksschulwesens, außerdem ist vorgegeben: die Verbesserung der Verhältnisse der Lehrer und Lehrkräfte und eine Neugestaltung der Vorschriften über die Schulaufsicht.

Der Ausfall der Wahlen wurde in der Thronrede mit keinem Worte erwähnt. Mit seinen eigentlichen Arbeiten beginnt der Landtag jedenfalls erst Donnerstag; für Mittwoch ist die Wahl des Präsidiums angelegt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtage folgende Anträge eingebracht:

1. Die badische Regierung möge mit den deutschen Eisenbahn-Verwaltungen wachsende Abschlüsse der ersten Wagenklasse in Verbindung treten. Für die badischen Eisenbahnen soll das Kilometerbestimmte wieder eingeführt werden.
2. Vorlegung eines Gesetzentwurfes betr. Regelung des Arbeitsnachweises. In dem Etat für 1910 II sollen zum Zwecke der Fürsorge für Arbeitslose 100.000 Mark eingelegt werden.
3. Den Arbeitern der badischen Staatsbetriebe sei eine tägliche Lohnzulage von 25 Pfg. und allen Beamten mit einem Jahresgehalt bis zu 3000 Mk. eine jährliche Zulagezulage von 90 Pfg. zu gewähren.
4. Die Regierung möge dem Landtag eine Vorlage machen lassen, durch welche die Gewerbe-Inspektion bereit ausgebeamtet wird, daß eine genügende Anzahl von Hilfsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen anerkannt werden, damit alle der Inspektion unterstellten Betriebe im Jahre mindestens einmal revidiert werden und diejenigen Betriebe, bei denen Anstände festgestellt werden, mehrmals nachkontrolliert werden können.
5. Die Regierung soll ersucht werden, im Bundesrat eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung arbeitslos gewordenen Fabrikarbeiter zu beantragen und fernst dahin wirken, daß die Vorschriften über Umfang und Bedingungen der Unterstützungen in einer Weise geändert werden, die den bei Festsetzung und Auszahlung der Unterstützungen zutage tretenden Mängeln abhilft.

Außerdem wurde eine Interpellation eingebracht, die sich auf mangelnde Fürsorge für nicht mehr in vollem Umfange arbeitsfähige Arbeiter und Beamte bezieht.

Bei der Eröffnung des Landtages durch den Großherzog und der Vereidigung der neuen Abgeordneten fehlten alle zwanzig Sozialdemokraten. Bei der Empfangsdeputation zur Begrüßung des Großherzogs fehlte Genosse Schwall, der in der vorbereitenden Sitzung gestern Abend durch das Los zum Mitgliede dieser Deputation bestimmt worden war.

Schiller und das heutige Deutschland. In einer längeren Betrachtung beschäftigt sich das "Journal des Debats" mit den deutschen Schiller-Festern der letzten Zeit; es wirft dabei die Frage auf, ob der Geist des heutigen Deutschland dem hohen Geiste entspreche, von dem Schiller erfüllt gewesen sei, und ob die Begeisterung, die sich heute wie vor vier Jahren, bei der Wiederkehr seines hundertsten Todestages, gezeigt habe, aus einem wirklichen Nachempfinden Schillerischer Gedanken und Schillerischer Ideen hervorgegangen sei.

Diese Fragen sind dem Blatte zufolge rundweg zu verneinen, da sich die Denkweise des heutigen Deutschland mit dem Geiste Schillers nicht mehr in Einklang bringen lasse.

Das Schicksal Friedrich Schillers, zu dessen Ehre heute in Deutschland überall Freudenteuer flammen, so heißt es in dem französischen Blatte wörtlich, ist ein Trauriges. Schiller hat in seinem ganzen Leben für Ideen gekämpft, die sich im schroffsten Widerspruch mit den Ideen befinden, auf denen das heutige Deutschland beruht. 1789 zur Welt gekommen, schrieb er der Freiheit geradezu magische Einwirkungen zu. Verdammungen gegen die Tyrannen der Fürsten, gegen die Verworfenheit der Masse, die Vergiftung wahrer Gesinnung durch charakterlose Schmeichler (gegen Hypanitismus würde man heute sagen), leidenschaftliche Ausbrüche zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, Weltbürgertum — alles dieses findet man in den Werken Schillers. Es sind einfache Gedanken, Gedanken allgemeiner Bruderliebe, die das Herz des deutschen Dichters höher schlagen lassen und seinen Schriften einen reichen, ethischen Gehalt verleihen. Man braucht nur gegen Seiten in den Werken Schillers zu lesen, um sofort zu verstehen, was ihn heute auf die Bänke der Opposition drängen würde.

Der Dichter der "Räuber", der Mann, der mit so viel Liebe das Bild des Marquis Vosa gezeichnet hat, der Verfasser von "Kabale und Liebe" und "Wilhelm Tell" würde in dem verpreußten, von Unteroffiziersgeist durchsetzten und mit Amerikanismus erfüllten Deutschland die Verwirklichung seiner sozialen und politischen Träume ganz gewiß nicht erkennen. Er würde mit Unwillen die Feste zurückweisen, die ihm von Deuten bereitet werden, die aus seinem Deutschland ein Land gemacht haben, das seinen Ideen und seinen hochfliegenden Träumen nicht mehr entspricht.

Nicht mit Unrecht hat man das Genie für einen Fluch erklärt. Wenn die menschliche Seele wirklich unsterblich ist, und Friedrich Schiller aus höchsten Höhen den Mißbrauch sieht, der mit seinem Namen, seinen Ideen und seinen Werken getrieben wird, so muß er noch nach seinem Tode einen Widerwillen gegen derartige Feste empfinden. In seinem Grabe muß er sich herumdrücken, wenn er sieht, wie sich so viele staßbewehrte und mit menschenmordenden Waffen umhüllte Männer an seinem Grabe drängen, um einen hypochritischen Stuß dar auszudrücken.

Es steht leider nur zu viel Wahres in den Ausführungen des französischen Blattes, aus denen der Deutsche viel lernen kann; wir würden diese Ausführungen besonders den gegenwärtigen Leitern des Dresdener Humboldtvereins empfehlen.

Ausnahmegesetz oder Revolution? In der "Kreuzzeitung" offenbart ein inaktiver hoher Verwaltungsbeamter wieder einmal seine schweren Sorgen über das Wachstum der Sozialdemokratie; er erinnert daran, daß Bülow im preussischen Herrenhause erklärt habe, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen seien zur wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie völlig genügend. Aber die von dem Fürsten Bülow für auskömmlich erachteten Bestimmungen würden von den Behörden nicht mit dem gebotenen Nachdruck zur Anwendung gebracht. Insbesondere ist ihm ganz unverständlich, daß die Polizei bei der letzten großen Wahlrechtsdemonstration in Frankfurt a. M. nicht mit Schwert und Feuer dazwischen gefahren ist. Ungstlich fragt dieser preussische Verwaltungsbeamte:

"Ja, haben sich denn die Fegereien und die Beförden noch niemals mit allem Ernst die Frage vorangestellt, wohin wir bei solchem Verhalten mit der Monarchie, dem Staat, der Gesellschaft gelangen werden?"

Und er schließt seine sorgenvolle Epistel:

"Daß man sich in der Tat dann noch wundern, wenn die Bevölkerung teils aus Angst, teils weil sie bei dem Verhalten der Regierungen und Behörden immer mehr daran gewöhnt wird, die Sozialdemokratie als eine durchaus gleichberechtigte und verhältnismäßig unschädliche Partei anzusehen, den Potenzen und Verordnungen dieser Partei folgenden, ihr in immer größeren Massen aufzufallen?"

Partei anzusehen, den Potenzen und Verordnungen dieser Partei folgenden, ihr in immer größeren Massen aufzufallen?"

Wahrlich, wir streben mit Riesenschritten der Revolution entgegen, aber einer Revolution, welche, wie die Geschichte lehrt, von oben herab durch die Schwäche der Regierungen, durch die Schwäche der Behörden."

Wenn der Parasit keinen anderen Ausweg mehr weiß, greift er getrosteten Muts nach dem Schiefprügel und schafft sich seine Gegner mit Gewalt aus dem Wege. Dumm, aber stark — das war schon immer Junkerparole.

Die freien Bauern. "Der deutsche Bauernbund", das Organ des neugegründeten Bauernbundes, enthält in seiner letzten Nummer folgende nette Schilderung:

Selten hat ein Kreisvorsitzender des Bundes, der Landwirte so wenig aus seinem Herzen eine Würdigung gemacht, wie das am 13. November in der Bauernbundesversammlung in Paderborn seitens des dortigen Wahlkreisvorsitzenden der Fall war. Als Abg. Dr. Böhm in seiner Rede die anwesenden Bauern anforderte, sich nicht immer beileibe drängen zu lassen, sondern ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, daß auch wirklich Bauern da, wo sie die Macht haben, an die Spitze kommen, und daß es nicht sei, als ob sie mehr Selbstbewußtsein an den Tag legen, rief der Kreisvorsitzende des Bundes der Landwirte: "Die Bauern sind schon reich genug!" Darauf entgegnete ihm der Referent: "Wenn die Bauern doch nur etwas von der Freiheit hätten, die der Vortrager des Bundes ihnen vorwirft, dann wäre es nicht möglich, daß solche Herren vom Pulte der Landwirte hier im Saale sitzen, die sich unterwänden, in dieser Weise über den deutschen Bauernstand zu urteilen."

Hier kommt mal die wahre Meinung der im Pund der Landwirte organisierten Großgrundbesitzer zum Ausdruck. Sie betrachten die Bauern immer nur als ihr Stimvotum, über dessen Kurzsichtigkeit sie sich, wenn sie unter sich sind, tolläcken. Sobald die Bauern ihre Geschicke selber regeln und die Vormundschaft der Junker abstreifen wollen, heißt es sofort: die Bauern werden frech.

Das Wahlkompromiß im 12. Berliner Landtagswahlkreis. Zwischen den Freisinnigen, Nationalliberalen und Konservativen im 12. Berliner Landtagswahlkreis haben Verhandlungen stattgefunden, die nun zu dem angekündigten Kompromiß geführt haben. Danach verpflichteten sich Nationalliberale und Konservative ihre Kandidaturen zurückzuziehen und sofort für den Kandidaten der Freisinnigen zu stimmen. Die Freisinnigen hatten Angst vor dem Ausfall der Stichwahl, die nun vermieden wird. Die weiteren Wahlarbeiten leitete ein aus den drei Parteien gebildeter Wahlausschuß. Die Wahl findet am 30. November statt.

Stommunal-Erfolge.

Bei der Stadterordnetenwahl in Wittweida hat die Sozialdemokratie ein Mandat behauptet und drei neue Sitze erobert.

Die Stadterordnetenwahl in Forst i. Lausitz erobert den Sieg der Sozialdemokratie. Sie erzielte 400 Stimmen Mehrheit trotz der Arbeit der Konservativen.

In Wittenberge wurden bei der Stadterordnetenwahl im ersten Wahlquartier drei Sozialdemokraten gewählt.

Zum Wahlsieg in Elbina wird geschrieben: Die bereits kurz gemeldet wurde, hat die Stadterordnetenwahl in Elbing unserer Partei einen überaus glänzenden Sieg gebracht. Er ist um so erfreulicher, da er vollkommen aus eigener Kraft errungen ist. Gegen die Sozialdemokratie hatten sich zuammengedrängt der ganze bürgerliche Klotz — Hausbesitzer, Detailisten, Handwerker und evangelischer Arbeiterverein, Beamtenbund und Fleischer-Innung (1) hatten sich unter Protektion des Zentrums mit den Sixt-Dunderschen Gewerkschaften zu einem Krugzug gegen die verhassten Roten vereinigt. Und welche glückliche Resultat haben sie erzielt? 1006 bis 1127 Stimmen bekamen sie mit Ach und Krach! Unsere Genossen erhielten 1915 bis 1871 Stimmen. Dies Votum der Wähler eröffnet einen erfreulichen Ausblick für die Reichstagswahl.

Bei der Wahl der Gemeindevorsteher in Gellershagen bei Bielefeld wurden in der 3. Abteilung zwei Genossen gewählt. In der 2. Abteilung wurde ein Mandat erobert. Im Gemeinderat sitzen jetzt 5 Sozialdemokraten und 4 bürgerliche Vertreter.

Viktoria.

Roman von Minna Haußler. (Abdruck verboten.)

Der Schatzkammerpräsident mußte alles begreifen, das war seine Sache. Er hatte seinen Oswald bewillkommnet und ihm reich einige Platanen zugeführt, ehe er bei Mama vorzukommen konnte.

Diese empfing ihren zukünftigen Schwiegersohn ungemein kühl. Sie mußte, Papa war mit seiner Aufführung nicht ganz zufrieden, und sie war es ganz und gar nicht. Hatte er ihr doch während der ganzen Dauer seiner Abwesenheit ein ein Mal geschrieben; das war eine Vernachlässigung, die er büßen sollte.

Oswald sah indessen über ihre Ungnade nicht sonderlich besorgt, und ihre Kühnheit fand ihn noch toller. Die Abwesenheit Hermanns hatte ihn indes auf das Empfindlichste getroffen. Wie durfte er nicht verlangen, eine Stunde mit ihr allein zu sein, hatte er noch immer nicht das Recht dazu? Er wollte doch einmal seinen Boden unter sich fühlen. All das Schwanken und Ungewisse in seinen Beziehungen zu Hanna, das ihn früher kaum berührt, da er vernahm, es müsse so sein, und diese Reserve entspränge ebenso ihrem gesellschaftlichen Range, als dem Schicksalsgefühl einer jungen Dame, fand er nun abgestumpft und unerkennlich.

Er hatte ein Mädchen kennen gelernt, das ihm freimütig und offen jede Meinung einfließen, die in ihrer jungen Seele lebte, er habe eine Ahnung bekommen von dem tiefen Inhalt eines weiblichen Gemüts und wollte nun auch diejenige auf diesen Inhalt prüfen, die seine Gattin werden sollte.

Ungeduldig und erregt sah er nach der Thür. Eine allgemeine Bewegung war entstanden; der Hausherr war angezogen, eine Dame am Arm, welche man von Frau Oswald mit überlebender Fürsicht begrüßt wurde.

Alles hatte seine gewöhnliche Regelmäßigkeit, er sah sich, wie immer, stehend in geistiger Regsamkeit, und war doch vollständig abwesend. Eine ungeschwundene Blüte lag auf seinem Antlitz, das in seiner Magerkeit höchste Konturen zeigte. Auf Augenblicke sah man, wenn er sich vorbeugte, daß er sich nicht als ein Mensch, sondern als ein Wesen zu einer Bergersonne fühlte.

Was in ihm jetzt nach Ruhe zu verlangen, aber er konnte sie nicht mehr und nicht einmal der Schlaf brachte sie ihm. Jeder Tag brachte neue Verwicklungen, alles schien gegen ihn verschworen zu haben. Die Ereignisse dieses Ab-

ends wurden immer komplizierter, seine eigene Lage immer kritischer.

In Hast und Erregung zitternd, mit klopfendem Atem überflog er mehrmals im Tage die einkaufenden Telegramme und oftmals wurde sein Gesicht noch blässer und der Atem schien ihm zu fehlen.

Sein Prozeß mit dem Pariser Hause, den er in erster Instanz verloren, hatte in zweiter eine günstige Wendung genommen; wenn er ihn gewann, so konnte er der drohenden Skandalen um ihn noch Herr werden. Er kämpfte also weiter, kämpfte wie ein Verzweifelter, der, von Gefahren umgeben und zu Tode erkrankt, doch seinem Genie vertraut und in dem äußersten Anspannen seiner Kräfte noch die Möglichkeit einer Rettung zu haben glaubt.

Als Oswald jetzt auf ihn zutraf, sollte sein Gesicht ein Ausdrück wohliger Jeneigung.

Man hat gestern Abend bei der Fürstin viel von Dir gesprochen, bist er laut, und als er den neugierig fragenden Gesichtern rundum begegnete, erzählte er, daß die Fürstin die Absicht habe, um der unzufriedenen Kleingewerbetreibenden in ihrer klammern Bedrängnis zu Hilfe zu kommen, einige Wohlthätigkeitsvereinigungen zu arrangieren. Wenn dergleichen auch Monatelang nichts bederte, so verrate es doch den guten Willen. Die Fürstin habe die Einrichtung seiner Tochter erbeten und er habe Interesse die Gelegenheit wahrgenommen, Oswald für das künftige Arrangement in Vorschlag zu bringen, der auch sofort mit Vergnügen akzeptiert worden sei.

Du wirst also in der nächsten Zeit viel mit dieser gefälligen Frau zu konzentrieren haben und dich ihr überhaupt ganz zur Verfügung stellen, bemerkte er, als er in glücklicher Geschäftigkeit und als er in Oswalds Mienen keineswegs jene freundliche Stimmung wahrnahm, die er erwartete, nahm er die Gelegenheit wahr, mit ihm Felleite zu treten.

"Aber ich", sagte er scherzend, "du bist uns etwas verbüßte zurückgekommen, wir werden Wache haben, dich wieder zu züchtigen, aber laß mich nur machen." Und als Oswald verfuhrte, daß sein ganzes Leben jetzt auf die Arbeit gerichtet sei, daß er seinen ein Bild begonnen, das sein volles künstlerisches Interesse in Anspruch nehme, und er kaum empfinde, wie er werde, dergleichen zeitweilenden gesellschaftlichen Forderungen nachzugeben, erregte er seine, die herrlich: "Du mußt in der Gesellschaft leben, es ist das wichtigste, es ist die Bedingung des Erfolges. Ich möchte, du würdest das. Als ob es von der Arbeit allein abhängt! Wie viele tüchtige Künstler haben wir, die arbeiten, aber sie können dabei verhungern. Die glücklichen sind es, die genüge, zu machen und seine Bilder in Ausstellungen zu schicken?"

"O, ich sehe es wohl", bemerkte Oswald nicht ohne Bitterkeit, "in unseren Ausstellungen, die so reich und gut beschickt werden, wird so gut wie nichts verkauft. Unsere Plakate werden sich immer mehr als kunstfeindlich."

Friedrich schloß: überlegen.

Unsere Millionäre besitzen die besten Meister, die zu besten ein Vorzug ist; wenn sie von zeitgenössischen Künstlern etwas kaufen, wollen sie einen Namen, der ihnen interessant und geläufig geworden ist, über den man sich unterhält, endlich, ein Persönlichkeit. Es heißt also, dieser Erkenntnis gemäß handelt und nicht Torheit auf Torheit begehen."

Friedrich hatte seinen Arm in den Oswalds gelegt und führte ihn nach einem entlegenen Gemache.

"Du hast an Terrain verloren", begann er eindringlicher, "wir werden zu tun haben, es wieder zu gewinnen. Es war ein unglücklicher Mißgriff, der Einladung des Fürsten Schwanda nicht Folge zu leisten, und nun möchtest Du dich in dieser Angelegenheit abermals spröde erweisen? Wahrscheinlich, ich begreife dich nicht. Gähne! Du kümmer meine Ratsschlüsse befolgt, so hättest Du jetzt die Professur."

"Ich bedauere es nicht; eine Professur in meinen Jahren wäre doch nur ein Hindernis; ich habe selbst noch so viel zu lernen."

Friedrich hatte ein unmutiges Lachen.

Wirst Du nicht gleich damit herausplatzen, daß Du Deiner Meinung nach nur ein Stümper bist? Aber diese Bescheidenheit ist abgestumpft und muß Dir schaden."

"O, ich bin nicht allzu bescheiden", rief Oswald und in seinen dunklen Augen blitzte es auf. "Ich glaube an mich je die ich weiß, daß ich gerade in dieser letzten Zeit, die Du als eine Vorläufer zu betrachten schienst, zum Künstler gereift bin, mein Anknüpfungsbogen und Gestaltungsbereitschaft ist gewachsen und ich fühle mich zuversichtlicher als je zuvor."

Um so besser, aber dann trachte auch, dies zur Geltung zu bringen und zu vermerken, darauf allein kommt es an. Aber Du wehst dich ja nicht zu benehmen, darum überlaß dich mir. Ich will ja nichts als Dein Glück, fuhr er in einem weiseren Tone fort, "und bitte dich nur, nicht absichtlich zu zerstören, was ich so mühsam aufgebaut. Ich denke, Oswald, was ich bisher für dich getan und noch tun will, gibt mir ein Recht auf Deine Zusage, oder solltest Du anderer Meinung sein?" Oswald unterbrach einen Seufzer, dann reichte er ihm die Hand, als hätte er sich auf einer Ungleichheit erlappt, und drückte sie mit Wärme.

"Ich weiß, ich werde Dir alles zu verdanken haben, mein ganze Zukunft."

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratische (Kreis Offen), wo vor drei Jahren die ersten Sozialdemokratischen Gemeinderäte gewählt wurden, gelang es, bei der Wahl am Montag und Dienstag — im schärfsten Kampf gegen Zentrum und Nationalliberale — die anderen drei Mandate der 8. Abteilung zu erobern.

In Waldoltenbach bei Oberstein errangen unsere Genossen am Dienstag auch das Mandat in der 2. Klasse, so daß von den 6 Gemeinderatsmitgliedern jetzt 3 in unseren Händen sind.

Aus den Reichs-Etats. Im Militär-Etat werden die einmaligen Ausgaben für den Neubau von zwei Schießständen in Bielefeld 30.000 Mark und zur Erweiterung des Feuerplatzes in Rastatt 56.000 Mark; ferner eine neue Kasse zum Neubau einer Kaserne für eine Artillerie-Schule in Soltau mit 8000 Mark, da in einer beigegebenen Denkschrift die Notwendigkeit der Errichtung weiterer Reichsschulen für Kadettenoffiziere begründet wird.

Die einmaligen Kosten der Errichtung von drei Reitschulen in Sproutau, Besslau und Soltau sind auf 70.000 Mark veranschlagt, die Kosten der Unterbringung einschließlich des Grundbesitzes werden voraussichtlich 1.470.000 Mark betragen, die für Magazinanlagen 36.000 Mark. Die dauernden Ausgaben sind auf 895.600 Mark berechnet. Bei Artillerie und Waffengewesen sind u. a. an ersten Raten 1.864.874 Mark zur Beschaffung von Feldartilleriegeschützen nebst Munition, für weitere Zwecke der Feldartillerie 13.360.000 Mk., und für Ergänzung derselben 590.000 Mark eingestellt. Im außerordentlichen Etat wurden u. a. für den Ausbau von Befestigungen 16.949.100 (weniger 9.811.100) Mark angefordert. — Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds erfordert an Ausgaben 107.841.014 (gegen das Vorjahr mehr 2.526.492) Mark die Ausgaben des Reichsinvaliden-Pensions-Erlasses 33.671.237 (weniger 1.544.930) Mark. Der Etat für das preussische Militärcontingent weist im ordentlichen Etat an Ausgaben nach 8.245.463 Mark, im außerordentlichen Etat 3.503.656 Mark. Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 454.501.311 (mehr 10.716.807) Mk., die einmaligen Ausgaben 57.585.960 (weniger 32.466.096) Mk.; im außerordentlichen Etat werden 19.949.100 (weniger 14.311.100) Mark verlangt.

In dem dem Etat beigegebenen Denkschrift, betreffend die anderweitige Regelung der Taxis- und Verhörsgebühren ist zu bemerken, daß die Regelung dieser von der Geheerverwaltung in der Subjekt-Kommission des Reichstages zugelagten Frage durch den Etat erledigt werden sollte, doch ist beabsichtigt, wegen der Höhe der Kosten den Gesamtbetrag nicht vor 1910 anzufordern, sondern mit der Maßnahme nach und nach vorzugehen. Die laufenden Jahreslisten sind zu veranschlagen mit 149.141 Mark Mindestkosten und 381.504 Mark Höchstkosten.

Der Marineetat erfordert bei einer ordentlichen Einnahme von 1.534.727 Mark insgesamt 434.683.233 Mark, hiervon entfallen auf die fortdauernden Ausgaben im ordentlichen Etat 158.052.481 (mehr 10.991.461) Mark. An dieser Steigerung ist namentlich das Staatskapital, Geldverpflegung der Marine, Anstaltsverwaltung und Instandhaltung der Flotte und Werkstätten, Waffensysteme und Befestigungsanlagen beteiligt. Bei den einmaligen Ausgaben für Schiffsbauten sind für Umrüstungen 243.550.000 (mehr 23.790.000) Mark, darunter für Neubauten 154.390.000 (mehr 14.450.000) Mark angelegt. Erste Raten werden verlangt für die Linienschiffe, Erlass „Hagen“, Erlass „Meier“, Erlass „Obin“, für die großen Kreuzer erster Klasse, für die kleinen Kreuzer Erlass „Cormoran“, Erlass „Condor“ und für die Torpedobootschiffe, 15 Millionen (mehr fünf Millionen) zur Beschaffung von weiteren Unterseebooten und zur Führung der Versuche mit denselben. Von den Ausgaben zu Lasten des außerordentlichen Etats entfallen auf die Bedürfnisse der Werften 13.643.440 (weniger 1.761.560) Mark.

Der Gehilte, das bestimmte Summen des Freisinnigen, verboten! Aus Königsberg in Ostpreußen wird gemeldet: Der Professor, Universitätsprofessor Händke, verbot den Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gehilte in der Freien Studentenschaft über die Geschichte und das Programm der Freisinnigen Volkspartei.

Daß das gerade Herr Gehilte passieren mußte, dem Hochgläubigsten des ganzen Freisinnigen, ist bitter! Aber auch sonst ist die freisinnige Presse daß erlaubt. So etwas tut man doch nur gegen Sozialdemokraten!

Obstruktion gegen das Bestimmungswahlrecht. Am Dienstag sollten in Bochum (Sachsen-Meinungen) die Gemeinderatswahlen stattfinden. Sie kamen nicht zustande, da der größte Teil der Wähler der Aufforderung der sozialdemokratischen Partei, solange und als Protest gegen das rationale Bestimmungswahlrecht Stimmenthaltung abte. Von 2600 Wählern gingen nur 1054 zur Wahlurne. Da nach dem meinstimmigen Gemeinderatswahlgesetz die Wahl nur dann gültig ist, wenn mindestens die Hälfte der Wähler abstimmt, so muß eine zweite Wahl, die sogenannte Kwanaswahl, stattfinden, an der jeder Wähler bei Strafe teilzunehmen hat. Die Arbeiterschaft wird im zweiten Wahlgange, da sie mit ihren Ein- und Zwei-Stimmenwählern schloß ist, Beitritt mit der Aufschicht abgeben: „Gewalt geht vor Recht!“

Reichsstaatsabgeordneter Dr. Witt (Zentrum) ist in Köln gefordert. Dr. Witt vertrat den Zentrumswahlkreis Mittelrhein a. Rh.-Wipperfurth, wo er 1907 mit 19.958 Zentrumsstimmen gegen 11.218 nationalliberale und 8538 sozialdemokratische Stimmen gewählt wurde.

Ueber die Vergütung von Staatsgelehrten schreibt die „Germania“: Ein Kreisbauinspektor wird von der General-Kommission veranlaßt, einen Bau von 4000 Mark Wert zu prüfen, der 2 1/2 Kilometer von seinem Amtssitz entfernt liegt. Er spaziert hinaus (kleine halbe Stunde), besichtigt (kleine halbe Stunde), spaziert nach Hause (kleine halbe Stunde), schreibt seinen Bericht (kleine halbe Stunde) und hat nunmehr zu fordern: als Kopiergeld und Reisekosten 13,50 Mark und für den Weg 8 Mark, zusammen 24,50 Mk. für zwei Stunden. Und das neben seinem festen Gehalte, das mit Wohnungsgeld durchschnittlich 5500 Mark beträgt.

Arbeitslosenversicherung der Deutschen Städte. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kschäner trat im Berliner Rathaus eine gemischte Deputation zur Beratung über eine städtische Arbeitslosenversicherung. Nach dreistündiger Debatte wurde beschlossen, eine außerordentliche Sitzung des deutschen Städtetages einberufen, um allgemein zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen.

Es ist zu hoffen, daß durch diese Tagung auch die rückständigen Kommunen Ostpreußens einen Stoß nach vorwärts erhalten wird.

Wer sich nicht fügt, der steigt! Ein kräftiges Stück von Zentrum-Terrorismus werden kürzlich die Wähler aus Köln. Seit 20 Jahren war der Geheimrat Joekens Mitglied der Zentrumskommision auf dem Kölner Rathaus. Diesmal hat ihn die Kommission des Zentrums einfach nicht wieder auf die Kandidatenliste gesetzt. Durch einen liberalen Stadtverordneten ließ der abgeleitete Geheimrat nun mitteilen, daß er nicht wieder aufgestellt worden sei, weil er in zwei Fällen anders gestimmt hatte, als die Zentrumskommision zu stimmen beschlossen hatte.

Maßregeln gegen den Diamantenschmuggel. Dem „Pol-Anzeiger“ zufolge soll es sich als notwendig erwiesen haben, daß vorzubeugen der Anordnung gegen den Schmuggel im Diamantengebiete, besonders an der Südwestgrenze des Schugabietes, getroffen werden. Der Verkehr von dort aus mit dem Reich in demselben Bezirk befindlichen Nachbarländern bedarf einer strengeren Überwachung. Zu diesem Zweck soll beim Reichstag um die Bewilligung von 50.000 Mk. nachgesucht werden, damit entweder ein geschützter kleiner Kreis befestigt werden kann, oder der Wachdienst an den Westgrenzen entsprechend ausgebaut wird.

Noch einmal gestrichelt. Bei der Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung des 2. Bezirks Stadtblatz 18 erbieten Hotelier Weiss (Frei) 918, Schellkeller Selma 215 von Gerlach (Demokrat) 780 Stimmen. Mitbin ist Weiss unter vier Wahlbeteiligung und Aufstreuung aller Liberalen und Antifreimänner noch einmal gewählt.

Gegen die Schiffahrtsabgaben. In der zweiten Reichstagskammer wurde Mittwoch Vormittag die dreimonatige Interpellation über Einführung der Schiffahrtsabgaben beraten. Der Minister erklärte in der Verantwortung der Interpellation: Die Reichliche Regierung behaupte ungerne, mit der beabsichtigten dreimonatigen Reduktion in der Frage der Schiffahrtsabgaben nicht ganz in Einklang stehen zu können. Sie könne die Verantwortung für eine so einschneidende und viele Kreise schwer schädigende Maßnahme nicht übernehmen.

Gewehrung des militärischen Beschwerderechts. Eine Anwendung des Beschwerderechts für Mannschaften des Bundeslandes ist infolge Verweigerung der Vereinfachung eingeführt worden. Nach dieser neuen Vorschrift haben die Mannschaften des Bundeslandes, die Beschwerde über einen Vorgesetzten führen wollen, nicht nur, wie bisher, den für die aktiven Mannschaften vorgeschriebenen Dienstweg zu beobachten, sondern auch die für die aktiven Mannschaften vorgeschriebene Frist von fünf Tagen innezuhalten. Bundesbehörden werden nicht mehr, wie bisher, als einmündig inlinatisch, sondern grundsätzlich als Ungehörig mit Recht bestraft. Um bei den schon im Bundesland best. Mannschaften Beschwerden aus Unkenntnis vorzubeugen, werden die in Betracht kommenden Bestimmungen der Entlassungsvorschriften vorabdruckt werden.

Viele neue Vorschriften, die mit der Schloßpflicht der Armee wirklich nicht zu tun hat, sind dabei, die Mannschaften des Bundeslandes einer noch strengerer Disziplin zu unterwerfen. Die erste Tat des neuen Kriegsministers ist nicht geeignet, besonders Vertrauen zu ihm zu erwecken.

Ein Handbuch des Reichstages soll in der nächsten Zeit herausgegeben werden. In der letzten Reichstagsperiode wurde die Herausgabe von Zentrumseite angefragt; man besaß sich die Sache so, daß die Arbeit eine parlamentarische Geschichte des deutschen Reichstages darstellen soll, die ein Fachgelehrter zu schreiben hätte. Die Handbücher des englischen und französischen Parlamentes sollen als Muster dienen. Nach Inkrafttreten der neuen Session wird eine Kommission den Auftrag erhalten, die Angelegenheit zu erledigen.

Ausland

Das englische Budget. Im Oberhaus sagte im weiteren Verlauf der Beratung der Erzbischof von Canterbury, daß er und die Bischöfe neutral bleiben würden. Lord Rosebery verurteilt das Budget zwar in bestiger Weise, erklärt es aber, die von Landsdowne eingebrachte Resolution nicht unterstützen zu können.

Ein wichtige Nachwahl in England. Durch das Ableben des bisherigen Liberalen. Weitere ist in Portsmouth eine parlamentarische Nachwahl erforderlich. Portsmouth wählt 2 Abgeordnete. Bei den Hauptwahlen im Januar 1906 wurden dort zwei Liberale gewählt denen zwei Konföderale und ein Arbeiterkandidat gegenüberstanden waren. Der Arbeiterkandidat war William Sanders; er erhielt damals über 8000 Stimmen, unter denen aber viele Doppelstimmen waren, denn der Wähler ist berechtigt, seine beiden Stimmen auf einen Kandidaten zu vereinigen.

Bei der demnächst vorzunehmenden Nachwahl handelt es sich um die Wahl eines parlamentarischen Vertreters, so daß die Wähler nur über eine Stimme verfügen. Die dort aufgestellten Kandidaten sind: William Sanders (sozialistischer Arbeiterkandidat); Lambers (Liberal); Lord Charles Rossford (denkmalreicher Admiral, Flottenreformer, Schutzpatron usw.). Rossford ist in Portsmouth verhältniß sehr beliebt.

Angesichts der politischen Krise sieht man dem Ausfall der Wahl mit Spannung entgegen.

Die belgische Militärbedatte. Die Kammer lehnte die Beratung der Militärreform ab. Es handelte sich um die dritte und endgültige Annahme der Vorlage. Diese wurde geändert durch einen neuen Antrag des christlichen Demokraten Daens, welcher beantragte, daß die Rekruten entsprechend ihren Heimatorten in belgischen oder wallonischen Bezirken ihre Dienstzeit ableisten dürfen. Der Antrag wurde von der Regierung abgelehnt.

Schwere Unruhen scheinen in Sao Paulo (Brasilien) ausgebrochen zu sein, worauf folgende unabhängige Telegramme hinduten:

Sao Paulo (Brasilien), 24. November. Gestern Abend warf im Mittelpunkt der Stadt ein Anarchist eine Bombe in den Laden eines Deutschen, durch die eine große Feuerbrunst hervorgerufen wurde, die das ganze Viertel zu gefährden droht. Wie es heißt, sind mehrere Personen getötet worden.

Sao Paulo, 24. November. Gestern Abend kam es in San Servan zwischen Aufständigen und Truppen zu ersten Zusammenstößen. Die Straßen der Stadt werden fortwährend von Patronen durchzogen, um Zusammenstöße zu verhindern. Zwei Schwadronen Dragoner und 60 Gendarmen sind eingetroffen.

Die Kommandanten der griechischen Kriegsschiffe traten zu einer einmündigen Beratung zusammen und formulierten ihre Forderungen, die in einem Protokoll niedergelegt wurden, das der Militärregierung zugewandt wurde. Sie verlangten, daß der Militärverband sich nicht in die Marineangelegenheiten einmische, sondern die Entscheidung den Marineoffizieren überläßt. Ferner forderten sie die Freilassung der Kommandanten von Salamis. Schließlich verlangten sie Bestätigung zweier neuer Torpedogeschütze bei der Vulkanwerft.

Partei-Angelegenheiten.

Neuer Arbeitersekretär. Der vakante Posten im Arbeitersekretariat Bremerhaven wurde mit dem Sekretär Genossen Stoll-Samborn, bisher in Rützigberg, besetzt.

Ein Prekoprojekt. Genosse Berg vom Bremerhavener Parteiblatt war wegen Ehrengewaltverletzung zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er drastisch den Kauf gelügend hatte, den zwei bekannte Schenke veranlaßt hatten.

Von der internationalen Sozialdemokratie. In Laibach tagte am Sonntag eine Konferenz der südslawischen Sozialdemokraten. Vorsitzend fand ein großes Meeting im Saale des Vereinshauses statt. Den Vorsitz der ersten Versammlung führte Genosse Krizan. Es sprachen die Genossen Adler, Dr. Tugowitsch (Belgrad), Abg. Scabor (Triest), Bruba und Smeral (Triest), Duffeg (Agram), Dimitrowitsch (Belgrad), Falschitsch (Sofia) und Kerner. Die Resolutionen betrafen die nationale Autonomie und der internationalen Solidarität. Krizan dankte in seiner Schlussrede jedem Delegierten in seiner Sprache.

Nachmittags fand die Konferenz. Krizan referierte über den Punkt: „Die Sozialdemokratie und die südslawische Frage“. Dimitrowitsch über: „Die politische Lage und die Pflichten der südslawischen Sozialdemokratie.“

in Ruti ihren ordentlichen Parteitag ab, der sich 146 Delegierten, worunter mehrere Genossen, befehligt war. Aus dem Verlauf nahm. Aus der Rechnung des Parteifinanzministers war mit Befriedigung zu entnehmen, daß auch die Finanzen der kantonalen Partei sich im Vergleich zu früheren Jahren bedeutend gebessert haben. Die Einnahmen betragen im letzten Geschäftsjahre 5325,65 Fr., die Ausgaben 2785,54 Fr., das Vermögen 2621,46 Fr. Die Mitgliederzahl ist von 7248 auf 8925 gestiegen. Die Zahl der im ganzen Kanton organisierten Arbeiter dürfte circa 20.000 betragen. Aus den Verhandlungen des Parteitages ersehen wir nur die an manchen Orten vorhandenen Abteilungen zwischen Größeren und sozialdemokratischen Arbeitervereinen. Ueber die Tätigkeit der sozialdemokratischen Kantonsratsratlon berichtete Genosse Bezirksrichter Heubner-Bürch. Der Geschäftsbericht der Partei und der Kantonsratsratlon wurden zwei Anträge der Arbeiterinnenvereine überlesen, nämlich betreffend die Einführung des Frauenstimmrechts und die staatliche Unterstützung der unemöglichten Geburtshilfe, die bereits in einer kleinen Gemeinde des Kantons Zürich zu allseitiger Befriedigung eingeführt ist. Das veraltete Wahlgesetz soll revidiert werden, um die der Gründung von Genossenschaftsvereinen entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte sich der Parteitag für die Annahme der drei Gesetzesvorlagen, über die am 12. Dezember die Stimmberechtigten zu entscheiden haben.

Am Montagtag hielt in gut besuchter Versammlung Genosse Lang ein Referat über „Die politische und wirtschaftliche Lage der Schweiz“.

Arbeiterbewegung.

Kommt es zu einem Streik im Ruhrrevier? Die Erörterungen der kürzlichten Woche, ob es zu einem Streik im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier kommen wird oder nicht, endeten vorläufig noch jeden tatsächlichen Untergrund.

Die Bitterung unter den Bergarbeitern ist sehr stark und die Stimmung ist vorwiegend für den Streik. Die Ruhrbergleute wissen aber auch, daß die gegenwärtige Geschäftslage einem Streik ungünstig gegenübersteht. Die Frage, ob Streik oder nicht, wird derzeit lebhaft diskutiert. — Sicher ist, daß die Bergarbeiter erst schwärzen werden, ob die Regierung und die Parlamente sich mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigen, und ob sie einer wünschenswerten Lösung entgegensteht. Erst wenn hier Klärung geschaffen ist, werden die Bergarbeiter und die Verbände über die Frage, ob Streik oder nicht, beschließen.

Die kürzlichte Woche teilt freier mit, daß sich im Ruhrrevier eine aufsteigende Wirtschaftskonjunktur sehr stark bemerkbar macht; jeder Güterverkehr und steigender Kohlenbedarf lassen darauf schließen. Die Nachfrage ist mit aller Vorlicht aufzunehmen. Zunächst ist die Zeit gekommen, in der der übliche Winterbedarf — Hausbedarf — gedeckt wird; im weiteren dürften die Aussichten auf einen bevorstehenden Streik der Bergarbeiter auch die Industrie veranlassen, ihre Kohlenlager zu füllen.

Der vorhandene Wagenmangel ist die Folge des ungenügenden Wagenparkes des Festes.

Comperd im Gefängnis? Wie ein Telegramm aus Toronto meldet, wurde das Interesse des Jahreskongresses der American Federation of Labour hauptsächlich durch den gegen Comperd und zwei andere Mitglieder des Hauptverbandes schwebenden Prozeß in Anspruch genommen. Da keine Aussicht vorhanden scheint, daß schon gemeldete Urteil unabhängig zu machen, beschloß der Kongress am 12. Verhandlungstage — unter großem Beifall — den Verurteilten während ihrer Haft eine Prozentschuldung von 20.000 Mark für ein Jahr zu zahlen. Diese Summe würde Comperd, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, erhalten; die anderen Mitangeklagten, die 9 bzw. 6 Monate Gefängnis erlitten, bekämen entsprechend weniger. Für das Haftjahr würde demnach Comperd mit seinem Gehalte, das auch 20.000 Mark beträgt, insgesamt 40.000 Mark von der Organisation erhalten.

Lehrlingszüchter im Tapezierergewerbe. Zu den Berufen, in denen die Lehrlingszucht und Lehrlingsausbeutung noch einen recht großen Umfang erreicht, gehört auch das Tapezierergewerbe. Hier herrscht noch der Althergebrachte vor, deren Inhaber ihre ganze Erfahrung zum Teil dadurch schieben, daß sie den Lehrling als billiges Ausbeutungswesen, sozusagen als Müllchen für alles, benutzen. Aus der Fülle trasser Fälle, die der Verband der Tapezierer durch eine statistische Erhebung festgestellt, sollen nur einige der Effertheit unterbreitet werden. In Speyer beschäftigte die Firma Wambda (Fab. G. Horn) einen Werkführer, einen Gehilfen, fünf „Polonäre“ und vier Lehrlinge. Die Polonäre erhalten 80 Pfund und Logis sowie 3 Mk. Lohn pro Woche. Im Norden Deutschlands ist das Kost- und Logiswesen allgemein längst abgefallen. Man wird also die große Liebe erweisen können, mit der die Firma sich der billigen Arbeitkräfte annimmt. — Noch schlimmer sieht es in Neumünster aus. In dieser Stadt wurden am 1. Oktober 1909 in zehn Betrieben insgesamt 16 Gehilfen beschäftigt. Davon beschäftigt neun Betriebe 14 Gehilfen und 81 — einunddreißig — Lehrlinge. Die Firma Becker beschäftigte neben 3 Gehilfen 5 Lehrlinge, die Firma Schumann einen Gehilfen und 6 Lehrlinge, die Firma Sogau 5 Gehilfen und 6 Lehrlinge, andere Firmen wie Schröder, beschäftigten einen Gehilfen, einen Polonär und 4 Lehrlinge. In einigen dieser Betriebe werden die Lehrlinge mit Haus- und Feldarbeit beschäftigt. Wie die Ausbeutung der Lehrlinge beschaffen ist, ergibt daraus, daß eine Anzahl nach beendeter Lehrzeit sofort als Arbeiter in die Fabrik in der Stadt eintraten. Nebenbei bemerkt sind hier in einer ganzen Reihe anderer Mittel- und Kleinstädte. Daran geht wohl mit aller Deutlichkeit hervor, in welcher Weise mit der billigen Arbeitkraft der Lehrlinge gewirtschaftet wird. Diese Zustände sind den Innungs- und Gewerkschaften vorzulegen nicht unbekannt, trotzdem tun sie nichts zu ihrer Beseitigung. Alle Schritte der Gewerkschaft auf Abänderung dieser Zustände bleiben bisher unbenutzt.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Rhein-Str. 5/6. — Verlag von Oskar Schöls. — Druck von Th. Schöls. — Preis 3 Pf. — Nummer 10. —

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die rechtliche Verantwortung.

Knorr's Haferflocken
Leichtverdaulich, nahrhaft, bekömmlich

Knorr's Suppenwürstchen
Für jede Suppe - 10 Pfund

Jeder Paket enthält 10 Stück

Stadt-Theater.

Donnerstag, 7. Uhr:
„Wallenstein's Lager“.
„Die Piccolomini“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Wallenstein's Tod“.
Sonntag, 7. Uhr:
Die Erinnerung an die vor 50 Jahren
erfolgte erste deutsche Aufführung:
„Orpheus in der Unterwelt“.

Lobe-Theater.

Donnerstag, 7. Uhr:
„Der fidele Bauer“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Die geschiedene Frau“.
Sonntag, 7. Uhr:
„Pater Zukunfts“.

Volks-Vorstellungen Im Thalia-Theater.

Gruppe D. S. Vertikula.
„Nur ein Traum“.
Sombold's. Verein.
(Ebenener's. Vertikula.)
„Johanneseuer“.
Scheiters. Verein.
„Die Besessene“.

Schauspielsaus

Donnerstag, 8 Uhr:
„Robert und Bertram“.
Freitag, 8 Uhr:
„Mignon“.
Sonntag, 8 Uhr:
Premiere.
„Das Himmelbett“.

Lieblich's Etablissement

Nur noch einige Tage!
Otto Reutter
und das erhabene
November-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Nur noch wenige Tage:
5 Tornados
Hartmann's Handpantomime
Leo u. Harry
Die Chinesen
La Pasquita
und die übrigen Attraktionen.

Zeltgarten

Dir.: H. Krsinath.
Sont
am 9. Tag
der gr. internationalen
Ringkampf-
Sonderausg.
3 interessante Kämpfe.
Zu die Spezialitäten.

Nur ganz kurze Zeit!

Circus

Sarrasani
Breslau. Im Circus
Büsch-Gebäude.
Telephon 3824.
Donnerstag, den 21. Novbr.,
abends 8 Uhr:

Elite-Abend.

Freitag, den 22. November,
abends 8 Uhr:
Gala-Parade-Abend
mit besonders ansehnlichen
Weltstadiprogramm.

Gala-Abend:
Gala-Programm!
Gala-Kostüme!
Gala-Uniformen!
Gala-Registrieren!
Gala-Geschichte!
Preise der Plätze:
Freudenloggia Mk. 4.-
Loggia Mk. 3.- Parkett
Mk. 2.- Tribüne Mk. 2.-
Mittelbalkon Mk. 1.-
Seitenbalkon Mk. 1.50.
1. Platz Mk. 1.- 2. Platz
Mk. 0.70, Gallerie Mk. 0.40.
In den Fällen, außer
Mittwoch, Sonnabends, Sonn-
und Festtag, von 10 Uhr
an stattfindenden Proben so-
wie zu den Sonn- u. Festtag
v. 12-1 Uhr genügt Kartal-
besichtig. zahl. Kinder 10 Pf.,
Erwachsene 20 Pf. Eintritt.
Verkauf für sämtliche
Vorstellungen von morgens
10 Uhr an ununterbrochen mit
Annahme der Mitbringsel
an d. Circuskasse (Tel. 3824)
und nur für Abendvorstellung,
in der Zigarrenhandl. Leopold
Str. 13, Ecke Schwab-
platzstr. 12, Telephon 2472.

Palmengarten

Dir. H. Krsinath.
2 Kapellen
Entrée frei
9 Pl. Reformbier 9 Pl.

„Pomona“

1. Abstinenz-Restaurant
Albrechtsstr. 41/43, I.
Neben Abend-Versammlung.
Neben: siehe Ankündigung:
„Schneepflanz“ 5588

Zähne

von 2 Mk. an ohne
Kobaltspresen,
Plomben von 1 Mk.
an, Umarbeitungen
von 1 Mk. an.
Teilzahlung gestattet. 5582
Zahnatelier Poststr. 3, II.

Zigarren

zu alten Preisen
empfehlen
5888
Oskar Rudolph Zigarren-
Importeur
Breslau 13, Neudorfstr. 61.

Paul Fleischer, Büchsenmachermeister,
Anschl. 17, empfiehlt sämtliche Büchsen-
u. Kammerwaffen, Schusswaffen, Waidstücken,
Reisbüchsen, Pistolen etc. in best. u. modern.
5664

Rohrtabake

in großer Auswahl empfiehlt billigt
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hammerstr. 20.

Früh eingetroffen empfiehlt:
Lebende Fische, frische Seefische,
Räucherwaren, 5587
Junge Gänse, Enten,
Daniel Hoffmann
Baustraße 12, Tel. 2044.
Delikatessen- u. Weingrosshandlg.

Dixin

Verbessertes im Gebrauch billigstes Seifenpulver.

Erleichtert bedeutend das Waschen und
ist ohne Zusatz von Seife und Soda zu
gebrauchen. Ueberall erhältlich.
Fakel 25 Pfg. Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf.

Nießige Fänge! Billige Preise!

Aus heute Nacht eingetroffener Waggonladung empfehlen wir:
Prachtvollen Goldbars, Pfd. 17 Pfg.
Wer Gebirge vermeiden will, komme zeitig, wir eröffnen unsere
Fischhallen Freitag früh 7 Uhr.
D. D.-F.-G. Nordsee.
Filiale Stadtbahnbogen und beide Markthallen. 5564

Das grösste Gewicht



legt die ein-
sichtige Hausfrau
auf Ersparnisse im
Haushalt. Eine grosse
Ersparnis ist ihr ermöglicht,
wenn sie an Stelle der teuren
Butter die sprichwörtlich beliebten
**van den Bergh'schen
Margarine-Marken**
Vitello und Clever-Stolz
welche feinste Molkereibutter vollständig ersetzen, in ihren
Haushalten verwenden.
Erhältlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

Billiges Kalbfleisch

durch günstigen Einkauf
nur 65 und 70 Pfg.
Fleischerei 5560
Tschopinerstrasse 6.
**Gummischuhe-
Ausverkauf.**
Spottpreise!! 5118
Nikolaistrasse 19a.

Wilhelmsburg

Inhaber: Franz Ullrich.
Heute Donnerstag: 5567
Gr. Lanz-Kränzchen.
Bei der Polonaise teilende Besister gratis. — Nächsten Sonntag: Großer Lanz.

Hentschel's

Stabl. Böpelwitz.
Heute Donnerstag: 5501
Großes Tanzkränzchen
v. voll. Lebend. Wilds-Polka. Eintr. frei.
Sonntag, den 27. November:
Großes Schauturnen verbunden mit Tanzkränzchen
wie "ebenfalls einladet
Der Vorstand.

Striegau.

Sonntag, den 28. November, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Großes Volks-Konzert
unter Leitung des Herrn Stadtmusikdirektors 5507.
Vorzüglich gewähltes Programm.
Billetts sind im Konzertlokal sowie in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben und kosten im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. 5563
Zu recht zahlreichem Besuche ladet die Arbeiterkassette
Der Bildungs-Ausschuss.

Zum Lessing,

Adalbertstrasse Nr. 10.
Saal mit Theaterbühne
für Vereine, Feiern, Feste und
Societäten gratis. 5324

Für nur 10 Pf. Achtung! Für nur 10 Pf.

Beitrag pro Woche sichert sich jede Person bis zum Höchstalter
von 45 Jahren (ohne ärztliche Untersuchung) bei Eintritt in die
Sterbefasse zur Eintracht v. 1827
ein Sterbegeld von Lit. 64.— mit Aussicht auf Steigerung
deselben zu. **W. Arnold**, Drechslermeister, Sandstraße Nr. 18,
F. Nitschke, Schirmfabrik Schwabingerstraße 51. 5279

Eduard Bornstein:

Die
Natur u. die Wirkungen
der kapitalistischen
Wirtschaftsordnung.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht

Wilhelmsburg

Inhaber: Franz Ullrich.
Heute Donnerstag: 5567
Gr. Lanz-Kränzchen.
Bei der Polonaise teilende Besister gratis. — Nächsten Sonntag: Großer Lanz.

Hentschel's

Stabl. Böpelwitz.
Heute Donnerstag: 5501
Großes Tanzkränzchen
v. voll. Lebend. Wilds-Polka. Eintr. frei.
Sonntag, den 27. November:
Großes Schauturnen verbunden mit Tanzkränzchen
wie "ebenfalls einladet
Der Vorstand.

Striegau.

Sonntag, den 28. November, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Großes Volks-Konzert
unter Leitung des Herrn Stadtmusikdirektors 5507.
Vorzüglich gewähltes Programm.
Billetts sind im Konzertlokal sowie in sämtlichen Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben und kosten im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf. 5563
Zu recht zahlreichem Besuche ladet die Arbeiterkassette
Der Bildungs-Ausschuss.

Zum Lessing,

Adalbertstrasse Nr. 10.
Saal mit Theaterbühne
für Vereine, Feiern, Feste und
Societäten gratis. 5324

Für nur 10 Pf. Achtung! Für nur 10 Pf.

Beitrag pro Woche sichert sich jede Person bis zum Höchstalter
von 45 Jahren (ohne ärztliche Untersuchung) bei Eintritt in die
Sterbefasse zur Eintracht v. 1827
ein Sterbegeld von Lit. 64.— mit Aussicht auf Steigerung
deselben zu. **W. Arnold**, Drechslermeister, Sandstraße Nr. 18,
F. Nitschke, Schirmfabrik Schwabingerstraße 51. 5279

Schutzverband gegen die Uebergriffe der Abstinenzbewegung.

Einladung

zur ordentlichen Mitglieder-Versammlung
am Freitag, den 14. Dezember 1909, nachmittags 4 Uhr,
zu Breslau,
im kleinen Saale des Breslauer Konzerthauses, I. Stg.
Tagesordnung:
1. Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenberichtes.
2. Wahl der Rechnungsprüfer.
3. Beschlusfassung über die Erteilung und Entlastung an den
Vorstand. 5567
4. Mitträge.
5. Verschiedenes.
Mitträge zur Tagesordnung müssen spätestens eine Woche
vor dem Versammlungstermin dem Vorsitzenden schriftlich ein-
gereicht werden. Als Legitimation ist die Mitgliedskarte er-
forderlich.
Breslau, den 23. November 1909.
Der Vorsitzende:
Georg Haase, Königl. Kommerzienrat.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Beliebt, gut, preiswert
und überall erhältlich, sind die Zigaretten
der
Compagnie Laferme
in Dresden: 5040
Vielliebchen Nr. 82 10 Stück
20 Pfg.
Reform Nr. 1 10 Stück
10 Pfg.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Wer sich selbst rasiert — Viel Geld profitiert!
Achtung! 1.000.000
junger Leute
und Männer
nicht er, die
sich gerne
selbstrasieren
möchten, um
jeder Gefahr wegen Ansteckung von Krankheiten aus dem Wege zu
gehen. — Wir haben uns deshalb entschlossen, um das Selbstrasieren allgemein
zu machen, in den nächsten 3 Monaten mehrere 1000 Sicherheitsrasiermesser
zu Mobil zu dem erstaunlich billigen Preis von nur 2 Mk. per
Stück in seinem Etui mit Goldrand an Jedermann abzugeben. (Bei Vorauszahlung
des Betrages sind 20 Pfg. für Porto mitzugeben, Nachnahme kostet 20 Pfg. mehr).
Das Messer ist mit Schutz-Vorrichtung versehen, die ein Schneiden unmöglich
macht, wir garantieren für 5 Jahre Schnelldrehbarkeit und nehmen jedes Messer,
das nicht gefällt, nach 30 Tagen retour. — Vollständige Kataloge
No. 2, echt Etui, fein poliert, mit Sicherheits-Rasiermesser, Dinkel, Kapsel, Seife
und Streichzähnen, pro Stück 5.75 Mk., Porto extra.
Haupt-Katalog mit ca. 4000 Gegenständen über Solinger Stahlwaren, Haus- und
Küchengeräte, Gold-, Silber- und Lederwaren, Uhren, Pfeifen, Musikwerken,
Spielwaren etc. gratis und franco an Jedermann.
Marcus & Hammesfahr, Stahlwaren-Fabrik, **Wald-Söllingen**

Wichtige Agitations-Literatur.

Ziele und Wege, Erläuterungen der sozial-
demokratischen Gegenwartsforderungen . . . —20
Stamper, Religion ist Privatjache . . . —20
Erdmann, Der Schwindel der Merkmalen
Arbeiterpolitik . . . —35
Dietgen, Sozialdemokratische Philosophie . . . —30
Kautsky, Die Sozialdemokratie und die kath.
Kirche . . . —30
Mühle, Die Volksschule, wie sie ist . . . —30
Mühle, Die Volksschule, wie sie sein soll . . . —30
Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten . . . —10
Frank, Die jugendlichen Arbeiter und ihre
Organisation . . . —25
August Müller, Gewerkschaften und Unter-
nehmerverbände . . . —30
Paul Kampffmeyer, Die Sozialdemokraten
im Lichte der Kulturentwicklung, ein Führer
durch die sozialistische Literatur . . . —50
Unser Kaiser und sein Volk, von einem
Schwarzseher . . . 1.50
Das persönliche Regiment, v. Wilhelm
Schröder . . . 1.—
Das wahre Christentum als Feind von
Kunst und Wissenschaft . . . —15
Waren die Christen wirklich Sozial-
listen? . . . —15
Was haben die Armen dem Christen-
tum zu verdanken? . . . —20
War Jesus Gott, Mensch oder Ueber-
mensch? . . . —15
Donat, Wider Gottes- und Bibelglauben . . . —30
Dietgen, Die Religion der Sozialdemokratie . . . —25
Barbus, Die Arbeiterschaft und die Reichs-
tagswahlen . . . —30
Ein katholischer Pfarrer als Sozial-
demokrat . . . —10
Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Graubenzstraße 5/6.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. November.

Geschichtskalender.

26. November.

- 1812 Nikaia Napoleon aus Russland.
- 1857 Der Dichter Josef v. Eichendorff t.

Der Hilfschrei eines Bürgers.

Ein Hausbesitzer, der offenbar nicht zur Sozialdemokratie gehört, wendet sich mit seinen Klagen über die Steuerpolitik unserer Stadt an die Tribune des freien Wortes, die „Volkswacht“, und bittet um Veröffentlichung des nachstehenden, etwas umfangreichen Eingangs. Wenn wir das in uns gefühlte Vertrauen rechtfertigen, so schicken wir doch gleich die Bemerkung voraus, daß wir uns nicht alle die darin aufgeführten Argumente zu eigen machen, einige im Gegenteil bekämpfen müssen, andere allerdings um so stichhaltiger und treffender finden. Der Herr schreibt uns also:

Breslau, den 22. November 1909.

An die Redaktion der „Volkswacht“.

Guten Tag! Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu der Stadtverordnetenversammlung vom 18. November.

Der Stadtvorstand hat die Vorlage des Antrags der Beamtenverbände über die Erhöhung der Besoldungen abgelehnt. Die Besoldungsvorlage hatte die sozialdemokratische Partei die gesamte Bürgerchaft der Stadt Breslau hinter sich. Herr Lohse sagte unter anderem:

„Wir ziehen es vor, nicht draußen über die hohen neuen Steuern und die Beamtenzulagen zu schimpfen und hier dafür zu stimmen, sondern umgekehrt, hier dagegen zu stimmen, wo wir die Verantwortung tragen.“

Das kennzeichnet vollkommen unsere liberalen und konservativen Herren Stadtverordneten. Niemals ist man so überlegen gewesen von der Notwendigkeit der geheimen Wahl und der geheimen Stimmabgabe, wie gerade bei der Verleihung der Beamtenbesoldungen. Wenn die Steuerzahler Breslaus durch die Besoldungsvorlage mit geradezu überwältigender Majorität abgelehnt worden; ja, wenn die Herren Stadtverordneten durch geheime Stimmzettel abgestimmt hätten, sie wäre auch da statt abgelehnt. Warum ist es nun anders gekommen? Die Stadtverordneten haben entweder allen Kontakt mit den Steuerzahlern verloren oder es fehlt ihnen der Mut, öffentlich nach ihrer Überzeugung zu stimmen.

Breslaus Bürger begreifen es nicht, wie es überhaupt möglich war, eine solche Vorlage zu bringen. Die Stadt Breslau ist eine arme Stadt, der Steuerdruck ist schon jetzt für die Arbeiter, Handwerker, Kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden ein fast unerträgliches Maß. Der Verzehrssteuererfordert ca. 2 Millionen Erlössteuern. In einer Zeit einer solchen, einer Großstadt betraute unwürdigen Finanzpolitik bringt der Magistrat eine Vorlage von circa 1 1/2 Millionen Beamtenbesoldungserhöhungen.

Oberlehrer erhalten 1500 Mark Zulage, ihr Gehalt mit Wohnungszuschuß beträgt nach der Vorlage 8400 Mark. Das selbe verteilt sich, da drei Monate Ferien sind, auf neun Monate, also 933 Mark Monatsgehalt. Rechnen wir pro Woche 20 Arbeitsstunden, so erhält ein Oberlehrer an 10 60 Mark für die Unterrichtsstunde. Warum schämt man denn die Pensionsfähigkeit, das Steuerprivilegium, die völlige Steuerfreiheit der Lehrer und Geistlichen nicht ein? Um sorgenfrei im Alter leben zu können, müßte der erwerbende Stand, der Privatangestellte den dritten Teil seines Gehalts zurücklegen. Wer aber kann das, wo Angehörige in kaufmännischen Betrieben, in Büros der Versicherungsanstalten und Rechtsanwältinnen von ihren Gehältern kaum das Dasein fristen können, wo technische Ingenieure oft mit Hochschulbildung froh sind, wenn sie 1500 Mark Jahresentlohnung haben? Wenn die hohen wie mittleren Beamten der Stadt wirkliches Verständnis für die erbitterte Stimmung der Bürger hätten, wenn sie wüßten, welches Elend in den arbeitenden und erwerbenden Kreisen herrscht, wo die Steuer oft den ganzen Wochenlohn des Arbeiters wegnimmt und die Familie hungern muß, wo der Handwerker und Handelsmann um seine Existenz mühsam kämpfen muß, sie würden diese Zulagen ablehnen. Der Schreiber dieses gehört auch leider zu den von Ihnen so angefeindeten Hausagariern, allerdings

eines Arbeiterhauses. Da sieht man einen Kampf um die bloße Existenz, wie man es nicht glauben sollte. Fleisch habe ich da nur selten gesehen Karoffeln mit Kerlia, Kaffee mit trockenem Brot bilden oft die einzige Nahrung, die Anschaffung von Schuhen für die die Schule besuchenden Kinder läßt sich oft nur erzwungen, das notwendige Geld in das Leihamt getragen werden. Welch alanzende Geschäfte machen die Leihämter in Breslau, wie Wölfe spritzen sie allerwärts empor. Und was das Leihamt nicht erhält, nimmt der Volkziehungsbeamte, für deren Bezüge Herr Bujalowski so warm sich ins Zeug legt.

Dar mit liegt eine Einladung der „Ethischen Gesellschaft“: Breslau, November 1909.

Die Teuerung brüht das Land. Sie lastet am schwersten auf armen, kinderreichen Familien. Besonders dann, wenn ihnen der Ernährer fehlt, wenn dieser krank oder auf längere Zeit arbeitslos wird. Der Winter steigert das Elend in solchen Familien zu einer unerträglichen Höhe. Viele Kinder müssen dann hungrig oder ohne warmes Frühstück den Weg zur Schule antreten.

Die Ethische Gesellschaft läßt es sich seit Jahren angelegen sein, durch Sammlungen die Not jener armen Kinder nach Möglichkeit zu lindern.

Dieser frierenden und hungernden Kinder sind in Breslau viele Tausende, für diese muß gesammelt werden unter dem Protektorat des Herrn Pfundner. Die Stadt hat dafür kein Geld, was kümmern die Herren Stadtvorstand die Kinder der Armen! Gleichzeitig aber erhalten Magistratsvertreter, Beamte, Oberlehrer und Volksschullehrer eine Gehaltserhöhung von 1 1/2 Millionen.

Der Stadtverordnetenversammlung in Breslau macht auf den unbedeutenden Zuschauer einen sehr wenig imponierenden Eindruck. Man kommt, wie wenig Interesse den Vorlagen entgegengebracht wird; alleenthalben zwanglose, gemüthliche Unterhaltung, so daß man den Referenten und die Redner fast gar nicht versteht, bei der Abstimmung nachlässiges Aufheben der Hände, Verkürzung des Vortrags. Das ist die Majorität, und die Vorlage ist erledigt, obwohl der Zuhörer so gut wie nichts verstanden hat. Man steht oft die wichtigsten Vorlagen auf diese Weise erledigt. Ernst und wirkliches Interesse dafür, gepaart mit vollem Verantwortlichkeitsgefühl, sieht man nur bei wenigen Vertretern. Nur wo es sich um kleine Summen handelt, wahre Bagatellen, werden lebhaftes Schamittel ausgesprochen, da haben oft zehn und mehr Vertreter etwas zur Sache zu sagen; bei großen Summen, bei großen Etatsüberforderungen, bei Millionenforderungen schweigt meist alles da wird fast alles bewilligt — und dann zu Hause über die schlechte, verschwenderische Wirtschaft häufig geschimpft.

Wir nähern uns einem Winter, der uns eine außerordentliche Anzahl von Arbeitslosen und eine Menge Not und Elend bringen wird. Ueberall wird die Arbeitlosigkeit der Lohn ist dadurch ein Minimum. Vor mir liegt der Lohnzettel eines älteren Arbeiters der Waggonfabrik. Der Wochenlohn für alle Arbeitstage beträgt 11 25 Mark. Die Wette beträgt 4 Mark pro Woche, so daß für die Arbeiterfamilie bestehend aus sechs Personen, 7 25 Mark verbleiben. Welcher Sozialismus gehört dazu, um zu erklären. Da darf kein Pfennig für Kleidung ausgeben werden, der Mann besorgt Sonntag die Schuhe, die Frau die Kleider, hin und wieder wird etwas durch Wäsche verdient, durch Vorkauf, aber nicht oft, die Kontingenz ist zu groß. Die Frau sagte mir: Was sollen wir machen, ich muß froh sein, daß mein Mann überhaupt noch Arbeit hat; er ist über 40 Jahre, eine andere Fabrik nimmt ihn nicht mehr an.

Die Zulage für einen unbeschäftigten Oberlehrer beträgt so viel, wie der Jahresverdienst von drei solchen Familien. Wenn die Stadtverwaltung nicht schleunige Umkehr von der bisherigen Politik verfolgt, wenn sie sich nur einzig und allein als Vertreter der Beamten anseht, so werden die bösen Folgen nicht lange auf sich warten lassen.

Den Schluß des Eingangs mußten wir als gänzlich unzutreffend streichen. Der Einsender wendet sich mit seinen Beschwerden zum Teil an die falsche Adresse. Die Zulagen der Oberlehrer zum Beispiel sind durch das staatliche Vorgehen erzwungen, und unsere Kritik richtet sich hier gegen das Bestreben, die Ungerechtigkeit noch zu vergrößern durch weitere Ortszulagen für diese Beamtenkategorie.

Den unteren Beamten und Arbeitern wird der Einsender ferner das dringende Bedürfnis nach

einer Aufbesserung nicht bestreiten wollen; sie alle leiden mit uns unter der Ungunst der Verhältnisse, wenn sie auch heute zum Teil selbst die Schuld daran tragen, weil sie den ausgesprochensten Volkseindern nachlaufen und dadurch deren Macht verstärken.

Die Ursache dieser ganzen Kalamität ist nämlich zurückzuführen auf die Muzersollpolitik der Konserbativen und des Zentrums. Sie hat es verschuldet, daß alle unsere Lebensmittel enorm im Preise in die Höhe getrieben wurden. Der Notstand schränkte den Verbrauch aller anderen Gegenstände ein und verschärfte die wirtschaftliche Krise. Die Teuerung hatte ferner zur Folge, daß für unser nach Hunderttausenden zählendes Heer und die Beamtenchaft neue große Summen aufgewendet werden mußten, und so treibt ein Keil den anderen, bis es zu den Unzulänglichkeiten kommt, die der Hausbesitzer überführt. Das wird erst anders werden, wenn sich das Volk der Junkersippe und der mit ihr verbündeten Pfaffenchaft einmal erwehrt hat.

Jahresbericht der Landesversicherungsanstalt Schlesien 1908.

II. (Schluß.)

Kontrolle der Beitragsentrichtung.

Die Kontrolle hat im Berichtsjahre weniger Anstände und Rückstände ergeben als im Vorjahre. Was die Anstände wegen Verwendung zu anderen Zwecken anlangt, so ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß die meisten Krankenkassen auf den Vorbehalt der Vorüberdauerung, die Krankeneinteilung, welche mit den Klassen der Invalidenversicherung übereinstimmt, durchgeleitet haben. — Es hat sich durch die Fortkoste ergeben, daß bei den kleinen Handwerksmeistern und Landwirten die Beitragsentrichtung während mehrerer Lohnzahlungen unterbleibt, daß die Beitragsmatten erst bei Neubeginn des Arbeitsverhältnisses gestellt werden. Von dem Rechte der freiwilligen Versicherung wird verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht, nachdem die Provanalda hierfür nachgelassen hat. Die Kosten der Kontrolle haben 165,06 M. betragen, gegen das Vorjahr sind sie um 8703 M. gesunken. Wie nun bekannt ist, erstrecken die Kontrollbeamten ihre Tätigkeit auch auf die Rentenempfänger aus, es ist vorzuziehen, daß auf die Einkünfte von Kontrollbeamten Entziehungen stattgefunden haben. Der Bericht besagt davon nichts. Wie wissen nicht, ob sie von der Verwaltung der Landesversicherung dazu angehalten werden. Wir würden energisch dagegen aufkommen, wenn es der Fall wäre. Auf Grund der einschlägigen Gesetzesbestimmungen wurden insgesamt

3910 Straßverfügungen

erlassen und 20,955 M. an Strafgebühren vereinbart, 4 Prozent mehr als im Vorjahre. Die einzelnen Strafen bewegen sich nicht höher als 3—40 M., oder entsprechend der Haftstrafe.

Entziehung von Invaliden- und Krankenrenten hat in 626 Fällen stattgefunden, daran waren 1287 Invaliden- und 39 Krankenrenten beteiligt. Die meisten Entziehungen verzeichnete Breslau mit 467, wovon jedoch wieder in Folge Verurteilung 32 zurückgenommen werden mußten. 147 Entziehungen bestanden am Schluß des Berichtsjahres noch zu Recht. Bei den Rentenentziehungen spielen leider Denunziationen eine große Rolle und wir möchten dringend davon absehen, wo wir hoffen und wünschen, daß organisierte Arbeiter sich dazu nicht hergeben. Vor den paar Pfennigen, die die Rente beträgt, kann ein Rentenempfänger nicht leben, er muß sich auf irgend eine Weise etwas verdienen. Wir erlauben, dann erfolgt die Nachuntersuchung auf dem Fuß, wie die Entziehung nach sich zieht.

Invaliden-Hauspflege.

Die Pflege von Invaliden wird in von dritten unterhaltenen Anstalten durchgeführt. Die Uebernahme der Invaliden-Hauspflege erfolgt auf Verlangen der Rentempfänger, die infolge ihrer Leiden hilflos und pflegebedürftig sind; b) für solche Rentempfänger, die an Tuberkulose leiden. Der größte Teil infolge der Epidemie hat und fremder Wartung bedürftig; soweit es ihre Körperkraft zuläßt, heißt es im Bericht, und sie sich freiwillig hierzu bereit erklären, werden sie zu leichten häuslichen Arbeiten herangezogen.

Krankenhaus der Landesversicherung.

2779 Kranke aufgenommen. Die Gesamtkosten eines Berichtsjahres beliefen sich auf 3,74 M. gegen 3,58 M. im Vorjahre.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Zwei kleine Gaben des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind in diesen Tagen erschienen. Es sind die Einleitungen in Schillers „Jugendjahre“, die „Kämpfer“ und in Goethes „Trauerspiel „Egmont“. Die erste Darstellung kommt aus der Feder unseres Genossen Franz Wehring. Sie gibt in knapper Form Streiflichter aus Schillers Jugendzeit, aus dem politischen Tiefstand der deutschen Nation, die schließlich Männer von dem Kampftemperament eines Schillers hervorbringen mußte. Wenn er schließlich kein politischer Kämpfer geworden ist, so lag das an der Unreife der damaligen Verhältnisse. Und weil er so das eine nicht werden konnte, mußte er ein Dichter des freibewussten, des Erziehungs- und Gerechtigkeitsgedankens werden. Diese Welt und diese Zeit spiegeln sich in den „Kämpfern“ wider. Der kleine und interessante Aufsatz geht dann noch kurz auf die Vorgänge und Schwächen des Stückes ein, wiewohl letztere trotz alledem den bleibenden Wert des Dramas nicht erschüttern können.

Die Egmontbesprechung hat Genosse Franz Diederich geliefert. Dieser Verfasser gibt in dem kleinen Rahmen eine gedrängte Analyse der geschichtlichen und künstlerischen Werte des Stückes. Er schildert kurz die politischen Zustände Europas und Amerikas um die Zeit der Entstehung des „Egmont“, um an den Typen des Werkes die damalige Stimmung der Völker zu erklären, die zum Teil in der Auffassung lebten, daß der intelligente Adel die Führung im freibewussten Kampfe der Nationen übernehmen könnte. Im „Egmont“ ist die künstlerische Form über die geschichtliche Treue gestellt, ein Umstand, den man der dichterischen Freiheit zugute halten muß. — Beide Schriften bilden eine Ergänzung der für dieses Genre bereits bestehenden Sammlung.

Die Florabüste für 180.000 Mark. Der bekannte Kunstkritiker Franz Eustl schreibt im „Berliner Tageblatt“ über den Stand der Kunst im Fall noch folgenden: Der Maler Lucas, der Sohn des englischen Bildhauers, der als Urheber der „Königlichen“ Florabüste von Bodes Gegnern bezeichnet wird, hat teils gesagt, daß sein Vater keine Werte mit alten Stoffen auszubilden pflegte, um Material zu sparen, und daß nach seiner Erinnerung in der Florabüste eine Welle stecken müsse.

Gehemmat Bode und seine Schutztruppe hatten nicht wenig über diese „Welle“ des Lucas gelacht. Ich hielt es für Wahn für möglich, daß sie wirklich vorhanden sei, da mir Zweifel an den Aussagen der englischen Zeugen nicht mehr bestanden. Besonders bestärkten mich in meiner Überzeugung die verlegenen und inhaltlosen Berichte über die Durchschneidung, die in den

Blättern offiziell mitgeteilt wurden. Einen Laa hieß es, es sei sicher, daß keine festgestellten Stoffe in der Welle seien, aber es wurde gleich hinzugefügt, die Untersuchung müsse — wozu? — wiederholt werden.

Nun hat Professor Rathgen, wie der als Augenzeuge zugeleitete Korrespondent der „Times“ meldet, die Welle angebohrt und ihren Inhalt herausgeholt. Wir geben hiermit den entscheidenden Rausch des Berichtes wieder. Professor Rathgen führt fort, das Innere mit einem Draht und einer Zange zu drücken, und jetzt — er rief lebhaft dabei: „Hier ist die Welle!“ — bog er zusammen mit Klumpen von weichem Ton und Karz ein Stück grauen grobkörnigen Stoff heraus, der sich weich und samtig anfühlte und dem eines großen Frauenhemdes gleich. Allmählich wurde der Inhalt der Höhlung herausbefördert, und schließlich lagen etwa zwei Zoll morschen Stoffes auf dem Tisch. Näher geprüft, zeigte er ein unregelmäßiges Muster, das aus konventionellen Formen von Blumen und Quadraten besteht, wie sie auf altnordischen, englischen Bettbezügen sich finden.

Wenn Geheimrat Bode will, kann er sich darauf verlassen, daß es jetzt keine Welle ist oder zu sein braucht, was man gefunden hat.

Im wesentlichen stimmt doch aber die Angabe des Malers bezüglich genau.

Der Umfang der Schundliteratur. Die Deutsche des Fortschritts (Berlin, Georg Reimers Verlag) bringen darüber folgende Mitteilungen: Bisher hatte man in den gebildeten Kreisen eine nur geringe Vorstellung, bis zu welcher ungeheuerlichen Umlage die Schundliteratur in Deutschland aufgeschwollen war. Der Kampf, den man jetzt überall gegen die gefährlichen Fortschrittsfeind aufgenommen hat und dem auch die diesjährige Hauptversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen in Dortmund den größten Teil ihrer Zeit gewidmet hat, veranlaßt verschiedene Wissenschaftler zu den Quellen hinabzusteigen und die Schundliteratur selbst einer genaueren Sichtung zu unterziehen. Das Ergebnis ist im wesentlichen gewesen, daß die Verbreitung guter Bücher zu billigen Preisen zur Bekämpfung des Schundes in Wort und Bild nicht genügt, sondern daß direkte Minder- und Schutzmaßnahmen für nötig erachtet werden. Da hier eventuell recht andere Maßnahmen eine bequeme Handhabung geliefert werden kann, so heißt es allerdings mit dem Anrufen behördlichen Schutzes vorläufig verfahren. Aus dem in Folge erschienenen Werke des Dr. Ernst Schulze in Hamburg Großherstel seien einige Zahlen über den Umfang der Schundliteratur angeführt. Die Zahl derer, die

sich mit dem Vertrieben von Schundliteratur befassen, beträgt schätzungsweise 8000 selbständige Geschäftsleute und 30.000 Kopierere. Der Schundroman H. S. Piccard, genannt Peter, der größte deutsche Romanhauptmann des 19. Jahrhunderts, erzielte eine Auflage von 600.000 Exemplaren und brachte einen Reingewinn von 40.000 Mark. Der Umfang des Schundliteratur von Berlin soll 3 Millionen Mark betragen haben, der Verkauf hat 1 1/2 Millionen Mark daran verdient. Er bestand aus 130 Hefen, der Gesamtumfang betrug 2.000.000 Seiten. Ein Berliner Verlag, der sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Schundromanen, schundhaften Traumbildern, Schind- und Gespenstbüchern und ähnlichen Dingen befaßt, gab kürzlich offen an, daß er in einem einzigen Jahre 25 Millionen Markportagegebühren verdreht habe. Solcher Schund lassen sich die Gesamtsummen des Umlages der Schundliteratur, wie Dr. Schulze meint, nicht, aber er hält es nicht für zu hoch gegriffen, sie außerhalb der Umlagesummen des Buchhandels, auf 50 Millionen Mark in einem Jahre in Deutschland allein, zu belaufen.

Das fünfzigjährige Jubiläum der Patti. Am Mittwoch waren es fünfzig Jahre, seit Adelina Patti zum ersten Male die Bühne betrat, auf der sie so ungeheure Erfolge erzielte. Es war im New-Yorker Opernhaus, der sogenannten Academy of Music, wo die junge sechzehnjährige Spanierin als Lucia in Donizettis „Lucia von Lammermoor“ debütierte. Jetzt lebt Adelina Patti in dritter Ehe als Baronin Cederström, auf ihrem Schloß „Cragry-Nos“ in Wales. Mit einer eigenen Bühne veranstaltet die gefeierte Frau noch bisweilen Opernaufführungen zur Unterhaltung ihrer Gäste.

Beethoven-Briefe unter dem Hammer. Aus London wird berichtet: Eine interessante Sammlung kostbarer Briefe von Beethoven wird am 17. Dezember bei Solbey zur Versteigerung kommen. Die Briefe beschäftigen sich im wesentlichen mit der Beziehung von Beethovens Pfaffen Karz; immer wieder flammte in ihnen das gewaltige allmähliche Temperament des großen Künstlers auf und gibt auch diesen schätzbaren Beethoven'schen Beispielen seiner ganzen Persönlichkeit. Aber sie gewähren auch einen Einblick in Beethovens häusliche Sorgen, die ihm in einem der Briefe den Rostschrei ablesen: „Diese gräßliche vierdeilige, ob Gott, ohne eine Frau; was ihr ein Dasein. Von jedem Fremden werde ich benachteiligt. Sei nicht in Sorge um das Oratorium; ich werde dich benachteiligen, sobald ich Deiner irgendwo bedarf.“ Bei weiteren Antiqua wird noch eine Reihe interessanter Dokumente unter dem Hammer kommen, darunter Briefe von Dickens, Dumas, Cromwell und anderen.

Genossen! Denkt an die Gewerbegerichtswahl!

Die Weltanschauung des Sozialismus.

Ueber dieses Thema wird im Laufe der nächsten Woche
Genosse **Eduard Bernstein**,

gleichzeitig Landrat für Breslau-West, einen wissenschaftlichen Vortrag halten. Der Vortrag ist gedacht als eine Gegenüberstellung zu den Ausführungen über „Die Weltanschauung des Liberalismus“, die am vergangenen Sonnabend in einem Vortrag des Geh. Justizrat Prof. Dr. v. List gemacht wurden und bei dem der Verein Jungzeitung die sozialdemokratischen Wähler von der Teilnahme ausschloß. Zu unserer Versammlung sind die Angehörigen aller bürgerlichen Parteien ausdrücklich eingeladen.

Näheres über Lokal und Tag wird voraussichtlich schon morgen bekannt gegeben werden können.

Das Gollenschwimmbad und die „Volkswacht“. Auf Grund der von uns gebrachten zwei Berichte über dieses Bad, wird uns mitgeteilt, daß die Wadenbeteiligung angordnet, daß diejenigen Badegäste, die die „Volkswacht“ lesen wollen, dies in ein an der Kasse aufliegendes Bescheidbuch mit Angabe des vollen Namens eintragen müssen. Wir wissen nicht, welchen Zweck eine solche mit Namensverzeichnung versehene Bescheidurde haben soll. Es kann doch der Wadenbeteiligung gedacht, bei den Wadenbescheidurden eingetragen zu werden, ob die „Volkswacht“ in Wirklichkeit von den Wadenbescheidurden verplant wird. Es werden sich wohl nur wenige finden, die ihren Namen in das Bescheidbuch eintragen, weil sie befürchten, sich damit zu „schädigen“. Mit derartigen Kleinigkeiten ist die Sache nicht abgetan. Auch können wir der Wadenbeteiligung verraten, daß der letztgebrachte Bericht über die Wadenbeteiligung der Wadenbescheidurden nicht von den von angeführten Personen bearbeitet wurde, sondern von einer Seite, die ein Interesse daran hatte, zu zeigen, wie schlecht sich die Wadenbescheidurden in einer Wadenbescheidurde, die von einem großen Teil der Proletariat nicht schon Geld zu nehmen.

Die Volkswacht des Breslauer Arbeitervereins. Die Volkswacht wird in diesem Jahre von dem 29. November eröffnet. Es werden täglich, je nach Bedürfnis, bis 1000 Portionen gesunde, wohlschmeckende Mittagskost an die Armen unentgeltlich verteilt. Die Anordnung der Verteilung geschieht hauptsächlich durch die Organe der städtischen Armenpflege.

Es werden ferner 120 nichteheliche Schulkinder täglich mit Frühstück und Mittagessen im Arbeiterverein versorgt. Die Auswahl dieser Kinder ist den betreffenden Herren Direktoren der Volksschulen, wie dem Vorstande der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur überlassen worden.

Die Veranschlagung der Speisen beginnt pünktlich um 11 1/2 Uhr und ist um 12 1/2 Uhr beendet. Die Beköstigung der Anstalt während der Veranschlagung der Speisen ist erwünscht.

„Kannegießerei“. Im „Diskretion der Scheitinger Vorstadt“ hat in der letzten Veranlassung ein Herr Simon folgende „Weisheit“ verfaßt: Keinesfalls dürfen die durch die Wadenbeteiligung aufzubringenden Summen zur Subventionierung des städtischen Theaterpächters verwendet werden, der nach Ansicht der Wadenbescheidurden die Wadenbeteiligung des Stadttheaters zur Deckung des Defizits im Theater heranziehe. Das Stadttheater selbst sei rentabel und bedürfte des Zuschusses nicht. — Wie unsere Leser wissen, ist genau das Gegenteil richtig.

Ein Wohltätigkeitsfest zum Feste des Prinzen Luitpold. Am Montag, den 29. November, Abends 8 Uhr, findet im Doppelten Schloßbräu, Friedrich-Wilhelmstraße 32, eine Branchen-Versammlung statt.

Abend, Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen! Sonntag, den 28. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses, Wargasse 17, die monatliche Branchen-Versammlung statt.

Der Verband der Sattler und Portefeuillier veranstaltet am Sonnabend, den 27. November, im Restaurant „Zum Festing“ einen Familienabend, verbunden mit humoristischen Vorträgen, wozu die Kollegen mit ihren Angehörigen hiermit noch besonders aufmerksam gemacht werden.

Einem lustigen Abend veranstalteten die Buchbinder Sonnabend, Abends 8 Uhr im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses Martha Grünbaum, die auch an anderer Stelle dieser Nummer genannt wird. Tragt mit Genossen Albert humoristische Poesie und Prosa vor. Da sich die Künstlerin (die aus der Schule des Herrn Otto Werlach stammt) in uneigennützigster Weise den Veranstalter zur Verfügung stellt, ist der Eintritt und das Programm unentgeltlich.

Montag Abend findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die öffentliche Veranstaltung statt, in welcher mitgeteilt werden soll, was die Arbeitgeber von den Forderungen bewilligt haben. Anfang 7 Uhr, gleich nach Feierabend.

Verbrechen gegen keimendes Leben. Am 5. März dieses Jahres kam der in Bausch in Wahren geborene 25 Jahre alte verheiratete Gustav Thiel nach Breslau und nahm in der Oberstraße Wohnung, nachdem seine Frau schon einige Zeit vorher hier eingetroffen und als „Masseurin“ hier die verschiedensten Beschäftigungen angeknüpft hatte. Er ließ sich sofort Annoncen los, in denen er sich als Vertreter einer ganz neuen Methode der „Massage“ und als Assistent eines Mittels zur Bekämpfung von Periodenstörungen empfahl. Der Mann hat großen Zuspruch gehabt und seine Opfer unerschrocken ausgehend. Bis zu 300 Mark mußten ihm Mädchen, die seine Hilfe nachsuchten, bezahlen, unter 100 Mark machte er es überhaupt nicht; dabei hat der Schuft an manchen von ihnen noch Vergewaltigung verübt, bezw. solche versucht. Durch fortgesetzte Beobachtung der Wohnung des jetzt Verhafteten war es dem Kriminalbeamten möglich, eine ganze Reihe von Frauen anzuhalten und zur Vernehmung zu ziehen, welche sich auf die Annoncen hin bei Thiel melden wollten, um mit ihm in Verbindung zu treten. Die Frau Thiel ist schon vor einigen Monaten von Breslau fortgerollt, wahrscheinlich um anderweitig ein Feld für ihren Mann vorzubereiten, denn, wie festgestellt, war Thiel, bevor er nach Breslau kam, schon in Leipzig, in Berlin, in Glogau, in Böhmen je einige Monate in gleicher Weise wie hier tätig gewesen. Bemerkung muß noch werden,

daß der Verhaftete in verschiedenen Fällen seine Opfer schwer krank gemacht, ja deren Tod herbeigeführt hat.

Das Organ der Feudalen, die „Schles. Rtg.“, bringt in ihrer geistigen Nummer folgendes, zum Mindesten verächtliche Inzerat:

Freundschaft.

Fabrikbesitzer, Ende 20er, sucht einen treuen Freund, den er seinen Ständen ansehend. Bedingung: Wirkliche Herrenbildung, Interesse für alles Gute und Schöne, Kunst, Wissenschaft und Sport. Relation gleich. Gest. Mitteilungen unter K 4 Schickstraße, Schles. Rtg.

Der Simplicissimus, der seiner Zeit behauptete, gewisse Feudale hätten nicht nur das Weib, sondern sogar schon den Mann überwand, hat also unrecht.

Der Distrikt 10 des Sozialdemokratischen Vereins (Sandvorstadt) veranstaltet auf vielfachen Wunsch der Mitglieder wiederum einen Unterhaltungabend. Derselbe findet Sonnabend, den 27. November, Abends 8 Uhr, im Etablissement „Deutsche Krone“ (früher Feldschützen), Weinstraße 63/65, statt. Alle Mitglieder sind hierzu freundlichst eingeladen.

Selbstmord verübte am 23. d. Mts., Nachmittags, in seiner Werkstätte auf der Rosenthaler Straße ein auf dem Schießwaffenplatz wohnhafter verwittelter Tischlermeister. Man fand ihn an seiner Arbeitsstätte an einer Turbine hängend vor. Die Verletzten sind unbekannt.

Vermischt wird seit dem 14. d. Mts. das 18-jährige Dienstmädchen Hedwig Conde, zuletzt Rappbühlstraße 2 bei den Eltern wohnend. Das Mädchen ist blond, groß und schlank, hat schwarze Augenbrauen und blaue Augen und war mit blauem Halbwand und weißer Bluse bekleidet.

Verrentetes Gut. Am 25. August d. Js. kamen zwei unbekannt Männer, anscheinend Schiffer, dem Kaufmann Bruno Schumann, Behndorferstraße 1, ein Fass Fein zum Fein aus der Fabrik geliefert, entzogen sich die Männer mit der Bemerkung, es müsse das eine Verrentung vorliegen und sie würden sofort das richtige Fasch herbeischaffen. Die Unbekannten sind aber nicht mehr zurückgekommen und das auf alle Fälle geflossene Fass Schmirzleiste kann vom Eigentümer bei dem Kaufmann abgeholt werden.

Gefunden wurden eine Straßenbahn-Rahmentaste, eine schwarze Reisekiste, ein dunkler Wust mit Taschentuch, ein Openglas im Wäschbeutel, mehrere Postenonnetts und Cammerhändschchen mit Inhalt. — Fundorten ist der Sandhütterin Gahner Othlauer Stadtgraben 2, ein weiß und braun gefleckter Foxterrier.

Aus Schlesien und Bosen.

Siragan, 25. November. Straßenemonstrationen fanden hier die Stadtrordnenen machen statt, und zwar für die dritte Abstellung von 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags. Da zu erwarten war, daß die Beteiligung wieder sehr schwach sein würde, so wollten diejenigen, die durch brutale Gewalt von der Wahl ferngehalten werden, einmal zeigen, daß sie mehr Interesse an der Wahl haben als diejenigen, die das Wahlrecht besitzen. Davon hatte aber die Wahlbehörde Wind bekommen, denn der Polizeikommissar konfiskierte mit dem Beigeordneten Vogel, der zur Zeit den Bürgermeister vertritt, sehr eingehend. Wahrscheinlich, wie er sich einmal ausdrückte, um sich die Vollmacht zum Einschreiten zu erbitten. Auch die anderen Beamten waren vollständig zur Stelle. Gegen 12 1/2 Uhr kamen auf einmal von mehreren Seiten die Steinarbeiter aus den Betrieben angelaufen, die durch die zur Arbeit gehenden Fabrikarbeiter noch verstärkt wurden. So lange die Arbeiter sich auf dem Trottoir bewegten, gingen noch, als sie aber auf dem Ringe etwas näher zusammen kamen, da wurde der Polizeikommissar nervös und er forderte mit seiner ganzen Lungenkraft zum Verlassen des Ringes auf. Veranlassung hierzu lag nicht vor, denn die Demonstrationen waren ruhig und hatten die öffentliche Ordnung nicht im geringsten gefährdet. Der Aufforderung wurde zwar nachgegeben, aber die Polizei konnte nicht verhindern, daß Schreie auf ein freies Wahlrecht ausgebracht wurden. Langsam kehrten die Arbeiter wieder in ihre Betriebe zurück und die Polizei hatte wieder einmal einen Eifer entwickelt, der bei anderen Gelegenheiten viel besser angebracht wäre.

Aus den Gerichtssälen.

Soldatenquälereien bei den Gardefüllieren.

Unter der Anklage der Mißhandlung Untergebener hatte sich der 20-jährige (I) Unteroffizier Geise von der achten Kompanie des Gardefüllier-Regiments vor dem Kriegsgericht der ersten Gardebataillon zu verantworten. Die Anklage legte dem Angeklagten Mißhandlungen in 54 Fällen zur Last. Die Anklage bezeichnet sechzehn Fülliere, die von dem Unteroffizier mißhandelt worden sind.

Der Füllier Michael wurde von ihm dreizehn Mal schwer mißhandelt. Mehrere der Untergebenen mißhandelte Geise mit Schonen. Es war eine Wunde des Angeklagten, die Rekruten mit den Sporen auf Rücken und Armen herunterzuziehen. Er pflegte die Mißhandlungen mit den Sporen durch die Worte: „Ich werde Sie spornieren!“ einzuleiten. In anderen Fällen verübte er den Untergebenen Faustschläge, würgte und stieß sie mit dem Sängengewehr. Die Rekruten belegte er mit dem Schimpfwort „Fot!“.

Bezeichnend ist der Fall des Fülliers Winter. Dieser hatte eines Tages Zahnschmerzen und war deswegen auf der Straße gelegen. Als der Angeklagte den Untergebenen im Stumar sah, riß er dessen sämtliche Sachen aus dem Spind, packte Winter am Hals und stieß ihn gegen das Bret und das Spind. Den Füllier Schilling würgte der Unteroffizier so, daß er dem Füllier nahe war. Einem Einjährigen gab Geise einmal eine Ohrfeige, weil er angeblich einen schwarzen Fleck im Gesicht hatte.

Neueste Nachrichten.

Wahlfrage.

Weißenfeld (Prov. Sachsen), 24. November. In der heutigen Stadtratswahl der dritten Abteilung siegten zum ersten Male die vier sozialdemokratischen Kandidaten mit etwa 200 Stimmen Mehrheit!

Die Stipendiaten.

München, 24. November. Die „Münchener Post“ macht heute die Mitteilung, der Zentralverband deutscher Industrieller habe den Abg. Bassermann und Stresemann mit der Entziehung der Stipendien gedroht, wenn sie nicht bei den sozialpolitischen Abstimmungen im Reichstage im Sinne des Zentralverbandes Stellung nehmen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. November. Beim badischen Landtag sind 11 Wahlproteste eingereicht, darunter 4 gegen die Sozialdemokraten Willy. Mair, Schuster und Badenfeld.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Dortmund, 25. November. (S. T. B.) Die gestrige Vorstandskonferenz der vier großen Bergarbeiterorganisationen hat einstimmig beschlossen, die zu erwartenden Verhandlungen des Reichstages über den Zwangsarbeitsnachweis des Reichsverbandes abzuwarten und entsprechend dem Verlaufe der Reichsanhörungen in einer abermaligen Zusammenkunft Rücksicht zu fassen.

Die ungarische Krise.

Budapest, 25. November. (S. T. B.) Bisher ist keine neue Berufung zum König erfolgt. Nun wird erst bekannt, daß der letzte Kronrat mit einem vollständigen Misserfolg endete, da der Monarch die militärischen Forderungen entschieden ablehnte und über die plötzlich aufgetauchte Neuordnung einzelner Minister ziemlich ungelassen war. Ueber weitere Absichten des Königs ist nichts bekannt.

Schneefälle.

Prag, 25. November. (S. T. B.) Das in den Tagen im Nordböheim herrschende Schneetreiben hat sich zu einem fürchterlichen Schneesturm entwickelt. Der Verkehr nach in dem Gebirgsgegenden vollständig. Die Postkutschen können nicht mehr verkehren.

Wien, 25. November. (S. T. B.) Im Jantahle wütet seit gestern ein heftiger Schneesturm. Auf der Bahnlinie Kufstein-Janzbude traten große Verspätungen ein.

Der Flottenwahnwitz.

Paris, 25. November. (S. T. B.) Der „Matin“ veröffentlicht über das neue Flottenprogramm und teilt mit, daß der nächst in Paris und in Courant zwei Jahre gebaut werden. In diesem Jahre wird die Kammer um Bewilligung von 500 Mill. Francs für 1910 ersucht werden. Die Kammer bilden einen Teil des Programms, das im nächsten Jahre dem Parlament zur Verhandlung unterbreitet wird. Die Kammer werden die nächste Offensive mit haben. Das neue Programm sieht für 1915 die Verdrängung von 19 Panzern vor. Der Bau der Schiffe wird in der Weise erfolgen, daß immer zwei Panzer gleichzeitig auf Stapel gelegt werden. Die Bauzeit der einzelnen Schiffe darf nicht länger als drei Jahre dauern.

Prag, 25. November. (S. T. B.) Nach Meldungen schlesischer Blätter hat die Sozialdemokratie gegen mehrere nationale soziale Führer, welche in dem bekannten Antimilitaristen-Prozess als Zeugen auftraten, die Untersuchung wegen Verbrechens des Meineides eingeleitet.

Paris, 25. November. (S. T. B.) Der Kolonialminister ergriff gestern Abend anlässlich des Banketts der republikanischen Vereinigung das Wort. Der Minister ließ durchblicken, daß die Regierung den Kampf gegen die Wahlen aufnehmen werde. Der Minister erklärte ferner, die weltlichen Schulen, welche in so ungerechter Weise angegriffen werden, werden von allen Republikanern verteidigt werden. Im Parlament wird diese Verteidigung neue strenge Gesetze zur Folge haben.

London, 25. November. (S. T. B.) Wie offiziell mitgeteilt wird, werden die Beratungen des Oberhauses noch die ganze Woche fortbauern, sobald die Abstimmung am 30. November zu erwarten ist.

Konstantinopel, 25. November. (S. T. B.) Nach der gestrigen Kammerdebatte veranlaßte, daß das Kabinett Minni gestützt und Latat mit der Bildung des Kabinetts betraut werde.

Wasserstandsrichten der Oder.

Stand in 8 Uhr	Reise	Ort	Stütz	Stütz	Stütz	Stütz	Stütz	Stütz	Stütz
23. 11.	1.301,0	2.181	1.341	1.304	482,0	1.110	845,02	1.840,62	—
24. 11.	1.340,88	2.105	1.301	—	—	1.108,84	1.301,67	1.401,67	1.401,67
Mittel	1.320,94	2.143	1.320,94	2.074	472,0	1.109,43	1.373,34	1.621,15	1.621,15

*) Auswertungsgöhe L. Reimisch 3.50; L. Reichen (Oder); Höhe-Reicherung 8,25

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 25. November:
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Zimmer 3 Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7-9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 26. November:
Stenographen. Abends 8 1/2 Uhr: Übung im Zimmer 3 u. 4.
Sonnenabend, den 27. November:
Buchbinder. Lustiger Unterhaltungabend. Fräulein Martha Grünbaum rezitiert humoristische Poesie und Prosa. Eintritt und Programm frei. Zimmer 2.
Bildhauer. Abends 8-10 Uhr: Pöbel obel. Zimmer 5.
Montag, den 29. November:
Buchbinder. Offener Versammlung im großen Saale. Abschluß der Lohnbewegung. Referenten: Würdiger Herr und Albert-Breslau.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7-9 Uhr im Zimmer 7.
Dienstag, den 30. November:
Stenographen. Abends 8 1/2 Uhr: Unterricht im Zimmer 3 u. 4.
Sozialdemokratischer Verein Breslau (Süd).
Neumarkt.
Süd-Distrikt 5. (S. T. B.) Partei, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter, Arbeiter. Sonntag, den 27. November, Abends 8 Uhr, findet bei Michel in Partlieb eine Versammlung statt. Tag-Verordnung: „Der Mann und die Frau des Manns“ und „Der Mann und die Frau des Manns“. Referent: Genosse Stiegel.

Alkoholfreie Getränke
Brauerei, Wein, Bier, etc.

Drogen und Farben
Kunststoffe, Lacke, etc.

Gardinen, Teppiche
Textilien, Möbel, etc.

Hammer & Gerichter
Recht & David, etc.

Pelzwaren
Fur, Leder, etc.

Stiemer, Konrad & Co.
Kleidung, etc.

Bäckereien und Konditoreien
Brot, Kuchen, etc.

Eisen- u. Stahlwaren
Metalle, Werkzeuge, etc.

Grabdenkmäler
Steine, Monumente, etc.

Kolonialwaren
Gewürze, Nüsse, etc.

Photographische Ateliers
Fotografie, etc.

Uhren und Goldwaren
Uhren, Schmuck, etc.

Berufsbildung
Schulbücher, etc.

Färberei u. Wäscherei
Textilreinigung, etc.

Hygienische Gummiwaren
Gummi, etc.

Korsettwaren
Korsetts, etc.

Putz, Modes
Putzmittel, etc.

Vogelfutter
Vogelkorn, etc.

Bier- u. Brauereien
Bier, etc.

Fahrräder, Nähmaschinen
Transport, etc.

Herrn-Garderobe
Anzüge, etc.

Korsettwaren
Korsetts, etc.

Restaurateurs
Gastronomie, etc.

Weiss- und Wollwaren
Textilien, etc.

Brauerei, Wein, Bier
Getränke, etc.

Fische u. Delikatessen
Meerfrüchte, etc.

Hüte und Mützen
Kopfschmuck, etc.

Korsettwaren
Korsetts, etc.

Restaurateurs
Gastronomie, etc.

Weiss- und Wollwaren
Textilien, etc.

Bilder-Einrahmung
Kunst, etc.

Fleischereien u. Wurstfabriken
Wurst, etc.

Hüte und Mützen
Kopfschmuck, etc.

Korsettwaren
Korsetts, etc.

Restaurateurs
Gastronomie, etc.

Weiss- und Wollwaren
Textilien, etc.

Blumen und Kränze
Dekoration, etc.

Fleischereien u. Wurstfabriken
Wurst, etc.

Hüte und Mützen
Kopfschmuck, etc.

Korsettwaren
Korsetts, etc.

Restaurateurs
Gastronomie, etc.

Weiss- und Wollwaren
Textilien, etc.

Biosen u. Kostümrüsche
Mode, etc.

Fleischereien u. Wurstfabriken
Wurst, etc.

Hüte und Mützen
Kopfschmuck, etc.

Korsettwaren
Korsetts, etc.

Restaurateurs
Gastronomie, etc.

Weiss- und Wollwaren
Textilien, etc.

Bilder-Einrahmung
Kunst, etc.

Fleischereien u. Wurstfabriken
Wurst, etc.

Hüte und Mützen
Kopfschmuck, etc.

Korsettwaren
Korsetts, etc.

Restaurateurs
Gastronomie, etc.

Weiss- und Wollwaren
Textilien, etc.

Freitag, den 26. November 1908.

Eine grandiose Expropriation.

Der einigen Tages nahm die Reichsduma einen Beschluß an, der für die wirtschaftliche Entwicklung und die nach Hunderttausenden zählende Arbeiterbevölkerung des Uralgebietes von der einschneidendsten Wirkung sein wird. Mit einer Schamlosigkeit, die ihresgleichen sucht, sanktionierte die ungeheure Majorität der Duma, nachdem der Handelsminister energisch für die Interessen der Unternehmer eingetreten war, den frechen Raubzug der Uraler Montanindustriellen gegen den Volksbesitz und Rechteigenen, ohne mit der Wimper zu zucken, die unermesslichen Reichthümer des Uralgebietes aus. Dieselben Parteien, die sich zum Schutze des heiligen Eigentums gegen die „expropriatorischen“ Gesetze der Bolschewisten zusammenschlossen, zögerten keinen Augenblick, um der grandiosen Expropriation, die die Uraler Montanindustriellen unter Beihilfe der Regierung verübt hatten, ihren Segen zu erteilen.

Auf der Tagesordnung stand die Interpellation, die die sozialdemokratische Fraktion aus Anlaß der gesetzwidrigen Verpfändung der in Nutzung der Unternehmer befindlichen Kronländereien und Forsten des Uralgebietes schon am 17. März vorigen Jahres in der Duma eingebracht hatte. Länger als 1 1/2 Jahre hatte es gedauert, ehe die Majorität der dritten Duma den Mut fand, diese Interpellation auf die Tagesordnung zu stellen. Eine noch größere Verzögerung hatte diese Interpellation in den Reihen der Uraler Montanindustriellen hervorgerufen, die, dem russischen Grundbesitzer gegenüber, ihren Raubzug hinter den Vorwand der von der Petersburger Ministerkammer verübt hatten. Die sozialdemokratische Kritik hatte von dem schändlichen Treiben der Grubenbarone, die im Bunde mit der kaiserlichen Beamtenherrschaft die natürlichen Schätze des Landes plündern, die industrielle Entwicklung gewaltsam bremsten und die Interessen der Arbeiterbevölkerung mit Füßen treten, den Schleier fortgezogen, und die erkappten Sünder mußten gewaltige Anstrengungen machen, ehe sie den Minister als Sachwalter ihrer Interessen auf der Duma-Tribüne entbanden, um ihren Raubzug als „Förderung der nationalen Arbeit“ und der „Interessen der Arbeiter“ auszugeben.

Der unglückselige Wortlaut des Gesetzes und die Praxis des Senats stellen fest, daß die sogenannten „Possessionsländereien“, die zur Zeit Peters des Großen begründet wurden, um den Bergbau zu fördern, dem Staate gehören und von den jeweiligen Nutznießern weder verkauft noch verpfändet werden dürfen. Das hinderte indessen nicht, daß die Unternehmer mit Genehmigung der Minister Witte und Stolowzew im Jahre 1905 etwa 2 1/2 Millionen Dekjatinen Land für die Summe von acht Millionen Rubel in verschiedenen Privatbanken verpfändeten. Die Behauptung des Handelsministers in der Duma, daß dies zu dem Zwecke geschah, um für die stagnierende Uraler Montanindustrie Betriebskapital und vor allem für die Arbeiter den notwendigen Arbeitslohn zu beschaffen, ist nichts als eitel Spiegelschere. Die Operation erfolgte hauptsächlich den Zweck, den Boden vorzubereiten für eine Aufhebung des Possessionsverhältnisses zu Gunsten der Unternehmer und für eine grandiose Expropriation der Arbeiterbevölkerung, denen das Gesetz, im Falle der Betriebsstilllegung der Bergwerke, Landanteile zuspricht. Die verwickelten Agrarverhältnisse im Uralgebiet helfen schon längst der Lösung, da sie der Entwicklung der Industrie im Wege stehen, und die Arbeiterbevölkerung verlangt schon seit Jahrzehnten die Befreiung der Ueberreste der Hörigkeit, die auch für sie äußerst hemmend und schädigend sind. Aber der Weg, den die Unternehmer gewählt haben, läuft darauf hinaus, sich den Staatsbesitz anzueignen und die Arbeiter um ihre Ansprüche zu pressen. Indem die Regierung die gesetzwidrige Verpfändung der Possessionsländereien gestattete, erkannte sie den Grubenbaronen das Recht zu, den Staatsbesitz mit allen seinen unermesslichen Reichthümern als ihr Privateigentum zu betrachten. Wenn man den Wert pro Dekjatinne nur auf 50 Rubel

einrechnen soll, so repräsentiert das Geschenk, das die untertauchenden Minister den Unternehmern machten, einen Wert von mehr als 100 Millionen Rubel.

Die Verpfändung der Kronländereien und Forsten in den Privatbanken ist für die Arbeiterbevölkerung von der allergrößten Bedeutung. Viele Betriebe brachten den Unternehmern infolge der Notwendigkeit und des niedrigen Standes der Technik nur Verluste. Wenn sie die Betriebe nicht schlossen, so nur darum, weil der Raubzug in den Forsten die Verluste in den Betrieben bei weitem wettmachte. Jetzt jedoch sind den Unternehmern die Hände nicht mehr gebunden. Nachdem sie von den Banken die Millionen erhalten, können sie ruhig die Betriebe schließen und Zehntausende von Arbeitern auf die Straße setzen. Und die Regierung kann dann, auf das juristische Recht der Banken hinweisend, den Arbeitern die ihnen zustehenden Landanteile verweigern und den Ural meistbietend an die Ausländer loslagern. Wie sehr den Arbeitern die Abgabe des Possessionsverhältnisses auch erwünscht ist, aber der Weg, den die Regierungswahl und die Unternehmer eingeschlagen haben, führt dazu, daß sie sowohl ihre Arbeit wie ihren Landanteil einbüßen.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte in der Duma, daß die Verpfändung der Kronländereien und Forsten als ungesetzlich aufgehoben und jegliche Operationen in der Zukunft untersagt werden sollen. Diese Resolution wurde mit ungeheurer Majorität abgelehnt und der oktobristische Antrag auf Verlegung zur Tagesordnung angenommen, der den Raubzug der Unternehmer gutheißt und die Einbringung einer Vorlage über die Aufhebung des Possessionsrechtes forderte. Auch die Statisten, die sich gewöhnlich als die einzigen Volksfreunde ausgeben, erklärten sich mit dem oktobristischen Antrag einverstanden, enthielten sich aber unter irgend einem formellen Vorwand der Abstimmung. In die Debatte griffen sie mit keinem Worte ein, wohl um nicht Herrn Kuffler, der neugewählte labellische Größe, der als Beauftragter des Bergwerkbefizers Subowitsch die Verhandlungen über den — gesetzwidrigen — Verkauf eines wichtigen Bergwerkes an eine englische Gesellschaft führt, allzu sehr zu kompromittieren.

Die Sozialdemokraten können mit dem Ausgange der Debatte zufrieden sein. Einmal wird die von ihnen aufgeworfene Frage und die öffentlichen Erörterungen über die Praktiken der Raubritter am Ural die Appetite der letzteren bei der bevorstehenden Aufhebung des Possessionsrechtes zügeln. Und dann hat die Debatte in kraffer Weise dem Volke gezeigt, daß nur die Sozialdemokratie die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, während alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme willig den Raden beugen vor der Raubgier des Kapitals.

Arbeiterbewegung.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress.

L.
Der diesjährige Kongress der American Federation of Labor fand, wie schon berichtet, in Toronto, Canada, statt. In seinem Vorbericht an den Kongress konstatiert der Präsident Gompers mit Genugtuung, daß es den Gewerkschaften Nordamerikas trotz äußerlich ungünstiger Umstände im allgemeinen möglich gewesen ist, das im Herbst 1907 aufgestellte Prinzip durchzuführen und die infolge der wirtschaftlichen Krisen befürchteten Lohnverabredungen zu verhindern. Ein Drittel der angestrebten Gewerkschaften berichtet über eine Mitgliederzunahme von 80.000 im letzten Jahre, doch ist insgesamt ein Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen, wie nachstehende Zahlen aufweisen. In die amerikanische gewerkschaftliche Landeszentrale wurden Beiträge abgeführt im Jahre 1906 für 573.700 Mitglieder, 1907 für 1.736.300 Mitglieder, 1908 für 1.689.200 Mitglieder und 1909 für 1.588.400 Mitglieder. 98 der angestrebten Gewerkschaften waren in 693 Streiks mit insgesamt 87.031 Beteiligten verwickelt. Von den Beteiligten erlitten 53.971 ganze oder teilweise Erfolge, während für 1932 Arbeiter keinerlei Erfolge verzeichnet werden. Die Gesamtkosten der Streiks beliefen sich auf 8.686.763 Mark.

Bur Durchführung des Rechtsstreites in dem bekannten Injunktionsprozeß Gompers und Genossen ist ein freiwilliger Fonds angelegt, der bisher an Einnahmen 138 051 Mark, an Ausgaben 26.349 Mark und einen Kasienbestand von 159.702 Mark aufweist.

Einen brüden Raum nimmt der Bericht über diesen Prozeß ein. Gompers erklärt darin wiederholt, daß dieser Prozeß ein Kampf um das Recht der Rede- und Pressefreiheit ist und deshalb in der äußersten Konsequenz durchgeführt werden muß. Wie schon früher berichtet, so enthält auch der diesjährige die Forderung auf Erstattung eines besonderen Arbeitsminutens, die Forderung auf gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, Unfallversicherung und dergl. Zielforderungen des Achtstundentages wird besonders mit dem Ergebnisse einer amtlichen statistischen Untersuchung über den Ausschlag der Produktion und der Arbeitslosen beauftragt. Bemerkenswert ist, daß in den letzten Gewerkschaften, in denen der Achtstundentag durchgesetzt wurde, wie im Baugewerbe, die Löhne seitdem um 25 bis 100 Prozent gestiegen sind.

Unter „Praktische politische Betätigung der Arbeiter“ wird den Gewerkschaften der folgende neutrale, farblose Rat erteilt für die politische Schärung ihrer Mitglieder deart zu sorgen, damit sie ihr Wahlrecht zu den verschiedensten Wahlen im Interesse der Arbeiterklasse, sonst ohne Rücksicht auf die politische Stellung der betreffenden Kandidaten, ausüben können. Die Gewerkschaften dürfen keineswegs sich in den Diensten einer politischen Gruppe stellen, sondern müssen von Fall zu Fall den Kandidaten unterstützen, der ihre Forderungen anerkennt und vertritt. Dadurch werde es möglich sein, auf alle Parteien einen größeren Einfluß auszuüben.

Den Vorberichten Gompers über seine Europatour entnehmen wir unter anderem:

„Die verschiedenen Arbeitervertreter in England stellen zweifellos eine große Zahl für die Arbeiterklasse notwendige Bemerkungen dar. Das Tarif-Tal-Urteil hatte den lebhaftesten politischen Protest der Lohnarbeiter hervorgerufen. Ein gegenseitiges Urteil in London sollte als aller Meinungsverschiedenheiten, Ungleichheit über die Ziele, und trotz des Fehlens der Einigkeit zwischen den Arbeitervertretern im englischen Parlament nicht geschehen werden. Die englischen Arbeiter haben auf politische Gebiete mit vielen und den verschiedensten Schattierungen zu tun. Hierzig Prager der Lohnarbeiter sind in manchen Städten gänzlich des Wahlrechts beraubt, während der Rest zu mehreren Stimmen berechtigt.“

Über die internationale Gewerkschaftskonferenz in Paris sagt Gompers: „Es muß zugegeben werden, daß die Konferenzen des internationalen Sekretariats bisher wenig praktischen Nutzen abgesehen von der Förderung des Friedens, Austausch von Freundschaftsbezeugungen und Veröffentlichung von Statistiken. Die Vertretung dabeist ist nicht rein gewerkschaftlich. Die Delegierten aus Österreich und Holland beschränkten ihre vollen Reden auf sozialistische Propaganda und die Vertretung des reinen Gewerkschaftswesens. Im allgemeinen hat die Konferenz das Recht für die Möglichkeit einer internationalen betriebliehen Arbeiterkraft geklärt, die demokratisch zusammengesetzt, der Arbeiterbewegung jeden Landes ihre Unabhängigkeit sichert und nicht gewerkschaftliche Fragen von ihren Beratungen abschließen. Ich bin vollkommen überzeugt, daß, obwohl das internationale Sekretariat noch vieles zu wünschen übrig läßt, die vitalsten Interessen der Arbeiter Amerikas durch den Anstoß an daselbst gefördert werden, und deshalb wäre ich auch nicht, diesen Anstoß zu empfinden. Die Unkosten würden gering sein, ebenfalls die materielle Vorteile, jedoch würde der Geist internationaler Bruderschaft in unermeßlicher Weise gefördert werden. Auch bin ich überzeugt, daß unser Anstoß an das internationale Sekretariat die Gründung einer internationalen Federation der Arbeiter beschleunigen würde.“

Zum Schluß wird dann darauf verwiesen, daß „in keinem Lande die Gewerkschaften unabhängig, stärker und erfolgreicher seien, als in den Vereinigten Staaten“. Die gegenseitige Entsendung von Delegierten sei das beste Mittel, Verständnis und Auffklärung über die Bewegung der verschiedenen Länder zu verbreiten. Mehr Freizügigkeit unter den Gewerkschaften der einzelnen Länder würde die Verbindungen der Arbeiterkraft immer fester gestalten. Es müßte zum Prinzip werden, Mitglieder einer anerkannten Gewerkschaft überall als gleich und voll berechnete Kameraden anzusehen.

Aus aller Welt.

Die Skala der Zeugen. In dem Kaiser Verhörprozeß beantragte der Staatsanwalt für einen Zeugen erhöhte Beachtung und Glaubwürdigkeit, weil er Referent der Zeugen und kürzlich einen Orden erhalten habe. Dazu schreibt „Frida“ in der „Jugend“: So ist es die Ansicht des Staatsanwalts, so ist es doch immer bedenklich, sie im einzelnen Falle in dieser Weise zu begründen, weil dann andere Gründe sich leicht verfechten lassen. Deshalb muß die Glaubwürdigkeit der Zeugen gesetzlich geregelt werden; dann weiß jedermann, in welcher Klasse der Glaubwürdigkeit er gehört. Die Zeugen sind am besten in acht Klassen zu teilen:

1. Die Herren Offiziere.
 2. Die höheren Verwaltungsbeamten, die Alte Herren eines Korps, Offiziere des Beurlaubtenstandes und mit Orden dekoriert sind.
 3. Die höheren Verwaltungsbeamten, die Korpsiers und Offiziere sind, aber noch keinen Orden haben.
 4. Die höheren Verwaltungsbeamten, die weder Korpsiers noch Offiziere sind noch Orden haben. (Diese Klasse umfaßt nur wenige Exemplare und ist im Aussterben begriffen).
 5. Die anderen höheren Beamten mit Orden.
 6. Die anderen höheren Beamten ohne Orden.
 7. Die mittleren Nichtbeamten. (Kommerzienräte, Sanitätsräte, Justizräte usw.).
 8. Nichtintelligente Nichtbeamte. (Kaufleute, Straßenfeger, Lechner, Rentiers, andere Arbeiter, Einkäufer, Rechtsanwält, Erpresser, Privatgelehrte, Ärzte, Journalisten u. a., Zuhälter).
- Die Klassen 1 und 2 enthalten vorzüglichste Zeugen, die Klasse 3 enthält gute Zeugen, die Klassen 4 und 5 bestrebbende, zum Teil gute Zeugen, die Klasse 6 bestrebbende Zeugen, die Klasse 7 im allgemeinen bestrebbende Zeugen, die Klasse 8 ungenügende Zeugen.

Ein Prozeß wegen zwei Pfennigen. Aus Dresden wird geschrieben: Wöher Lappalien halber manchmal die Justiz in Wien im Gange ist, zeigt eine Anklage wegen Sinterziehung des Brückenzolles in Höhe von zwei Pfennigen, die sich der Gastwirt Rühlend im Distrikte verfahren zu haben hatte. Dieser unermesslich im September mit einigen Fremden einen Ausflug in das obere Elstal. Bei der Rückkehr bestiegen die Ausflügler in Pilsnitz die Straßenbahn, auf der sie den Fahrpreis bis zum Schloßplatz in Dresden und den zwei Pfennige herragenden Brückenzoll für die Beförderung der Eisenbahnbrücke entrichteten. In Pilsnitz gab ein einziger Ausflügler, unter ihnen Rühlend, die Fahrt auf und gingen zu Fuß weiter. Beim Ueberschreiten der Eisenbahnbrücke weigerte sich Rühlend, unter Vorzeigung des zum Ueberschreiten der Brücke gelassenen Billets, den Brückenzoll noch einmal zu entrichten. Der Brückenzollweiser meinte, daß R. das Billet ja geahndet haben könne, beharrte auf Bezahlung, und da diese nicht erfolgte, kam es zu einer Anzeigung und zur Verhandlung vor dem Schöffengericht in Dresden. Dieses sprach entgegen dem Auftrag des Staatsanwalts den Angeklagten frei, weil ihm die Verurteilungspflicht gelöst habe. Der Entwurf des Brückenzollweisers, daß Rühlend das Brückenzoll aufgeben haben konnte, konnte hier nicht in Frage, da der Angeklagte Zeugen dafür benannte, daß er das Billet vom Straßenbahnwärtner gekauft hatte.

Noch ein neues Orchesterinstrument. Nach Richard Strauss und Gustav Mahler, die beide neue Orchesterinstrumente eingeführt haben, ist auch Wader Waff, der bekannte Klaviervirtuose, unter die Erfindungen gelangt. In London, wo längst eine neue Sintonie von ihm aufgeführt wurde, ist Wader Waffs neues Musikinstrument, das den Namen „Sintonium“ trägt, zum ersten Male öffentlich gebläut worden. Die Meinungen der Kritiker der Londoner Blätter gehen darüber weit auseinander. Nach Wader Waffs Ansicht soll das Instrument, wie bereits der Name andeutet, enfiemenen Donner vorstücken. Dieses Raugeräusch hat jedoch keiner der Kritiker herausgehört; einer bewachte der Ton des Instruments vielmehr als wild, ein anderer räumte ihm unheimlich, ein dritter habe davon gar den Eindruck, als ob eine Herde gewaltiger Käfer über ein Meer von Papier dahinfliehe, ein vierter, offenbar poetischer veranlagt, hörte nur das Nauschen ihrer Flügel, die der Sturm vor sich her treibt. Das läßt sich schon hören! Ein ganz profanisches Gemüt jedoch erklärt rüch heraus, er höre weder Donner, noch rauschen des Laubs, noch dahinfliegende Käfer, sondern der Sturm, der schreie sich nicht wesentlich von dem einer gewöhnlichen Trommel und werde viel besser hervorgebracht, wenn man ein blechernes Leebrett schüttelt.

Servismus der Neapeler Feuerweh. In Neapel, wo die gesamte Feuerweh bekanntlich politisch interniert ist, brach am Dienstag im Kaufhause Riccardi, wo über 2000 Personen versammelt waren, ein Brand aus. Trotz des katastrophalen Ausmaßes der Feuersbrunst aus ihrer Kataster, andere ließen sich an Seiten aus den Kabinenfenstern herab oder sprangen von Balkonen. Alle eilten der Brandstätte zu. Dort betrat sie die mit Licht und Rauch belegte Feuerweh einen solchen Servismus, daß binnen weniger Stunden das Feuer gelöscht war. Bei der Rettungsarbeiten wurden sieben Feuerwehler durch Rauchvergiftung schwer verletzt. Ein Feuerwehmann wurde schwer

verletzt. Die braven Pompieri brachten auch den Kassenkassier der Firma mit einer halben Million in Sicherheit. Ganz Neapel ist nun voll Bewunderung für die Feuerwehler.

Glückliche Schachinder. In der Nähe von Bab'a haben arme Paaren einen Geldsack gefunden, der sie von ihren finanziellen Sorgen befreien dürfte. Auf einem Landgut bei Bab'a wurde von Paaren eine große Kiste gefunden, die bis zum Rand mit Goldmünzen aus dem dreizehnten Jahrhundert gefüllt war. Der Wert jeder einzelnen Münze soll über tausend Francs betragen.

Ein tragischer Unfallfall unterbrach eine Hochzeit. In Amerika. Die Feier in der Kirche hatte schon stattgefunden und man fuhr in Automobilen nach Hause zurück, wobei man bei Crawford in Georgia über eine Brücke mußte. Das Automobil mit dem ungeheuersten Paar fuhr voran. Als man die Brücke erreichte, verlagte plötzlich die Stützvorrichtung. Der Wagen wurde zur Seite geschleudert, erst gegen das Geländer der Brücke, welches er sofort durchbrach. Dann fiel der Wagen mit den Insassen in den Fluß. Der junge Groommann ertrank, während die Braut schwere Verletzungen davontrug. Weitere andere Mitglieder der Gesellschaft erlitten noch Verletzungen.

Das zu günstige Zeugnis. Ein lombardischer Kaufmann stand vor dem Berliner Kaufmannsgericht. Wenn bisher jemand wegen eines Zeugnisses Schadenersatz verlangte, so geschah es, weil ihm das Zeugnis zu schlecht erschien. Der Geschäftsmann, der bei einem Romualdwasserverkäufer in Stellung war, sagte indessen die Sache kommal am anderen Ende an und erhob Klage, weil das Zeugnis zu günstig ausfiel. Sein Arbeitgeber hatte testified, daß er 15 Mark Gehalt bezogen habe, während es in Wirklichkeit nur 10 Mark betrug. Außerdem sei die Dauer der Tätigkeit nur ein Jahr zu viel angegeben. Obgleich ihm der Kaufmannsrichter diese lebhafteste Verwunderung ausdrückte, ließ der Kläger dabei, daß er gerade durch das zu günstige Zeugnis keine Stellung gefunden habe. Er ist des die dritte Klage, die der Geschäftsmann gegen seinen Arbeitgeber anstrengt; in den beiden früheren Fällen erstellte er verächtlichweise eine Summe und verzichtete jedesmal auf alle weiteren Ansprüche. Der Richter hoffte wohl, daß diesmal wenigstens nicht die geforderten 100 Mark, zu hoch wenigstens etwas dabei herauszukommen. Seine Forderung erfüllte sich aber jetzt nicht, denn das Kaufmannsgericht machte die Sache von der Wahrheit abhewenden, keine Verurteilung, sondern wies den Kläger ab. Er mußte sich der Klage zur Ausheilung eines anderen Zeugnisses verpflichtete. Aus einem zu günstigen Zeugnis ließ sich kein Schadenersatz fordern.

